

JUSOS THÜRINGEN

# DIE ZEIT IST JETZT

**BESCHLÜSSE DER LANDESKONFERENZ 2015**

Jena, 17./18.10.2015



**JUSOSTHUERINGEN.DE**

# INHALTSVERZEICHNIS

A1	Die Zeit ist jetzt _____	3
B1	Bildung als Bundeskompetenz _____	16
B2	Integration gelingt durch Bildung! _____	16
B4	Schulbusfinanzierung für SchülerInnen der Oberstufe _____	16
B5	Digitale Bildung - einmal Medienkunde in sinnvoll bitte! _____	17
B6	Ein Grundrecht auf Internet für alle! _____	17
B7	Kostenfreies W-LAN in Städten und Gemeinden _____	17
B8	Geheimnisse sind ein Grundrecht – keine Backdoors in Verschlüsselungssoftware _____	17
C1	Progressive Drogenpolitik _____	18
C2	Ehe für gleichgeschlechtliche Paare sofort _____	23
C3	Die Möglichkeit zur freien Wahl des Geburtsortes muss erhalten bleiben _____	23
C4	Abschaffung der Bedarfsgemeinschaften _____	23
C5	Wahlversprechen umsetzen: Mietpreisbremse endlich einführen! _____	23
C6	Eine S-Bahn von Gera bis Eisenach _____	23
C7	Landesförderprogramm für fahrradfreundlichere Städte in Thüringen _____	24
C8	Gegen das Innenstadtsterben: _____	24
D1	Herabsetzung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre bzw. Herabsetzung des passiven Wahlrechts für Bürgermeister*innen auf 18 Jahre _____	24
D2	Leistungsschutzrecht abschaffen! _____	24
D3	Wer hart tagt muss sich auch hart erholen – Neue Feiertage für Thüringen _____	24
E1	Finanzielle Situation von Beschäftigten in Werkstätten für behinderte Menschen verbessern _____	25
E2	Wie können wir Arbeitnehmer künftig besser schützen? _____	26
E3	Berufsschulnetzplan – der ländliche Raum blutet aus?! _____	26
E4	Rechtsbeistand für Handwerker*innen _____	26
F1	Thüringen darf nicht kaputtgespart werden – Nein zur Schuldenbremse _____	27
F2	Länderfinanzausgleich neu ordnen _____	27
G1	Die Zeit ist jetzt für Solidarität mit Geflüchteten! Refugees welcome – all of you! _____	28
G2	Dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen stärken _____	35
G3	Keine Benachteiligung von Azubis mit Migrationshintergrund! _____	35
H1	Wir wollen keine Rassisten in unserer politischen Welt: Kein Platz für die Junge Alternative _____	36
I1	Linke Friedenspolitik im 21. Jahrhundert _____	37
I2	Gegen die Austeritätspolitik der Bundesregierung und der „Troika“ - Solidarität mit den Menschen in Griechenland _____	46
I3	Vom Welthandel sollen alle etwas haben! _____	46
I4	Völkermord an den Herero und Nama vollständig aufarbeiten _____	48
O1	Für ein einsehbares, aktuelles und institutionalisiertes Beschlusslagenbuch in digitaler Form _____	49

# A1 DIE ZEIT IST JETZT

## **Die Zeit ist jetzt – für eine echte Veränderung!**

Die Thüringer Landtagswahl im September 2014 hat nicht nur die Landespolitik nachhaltig verändert. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik regiert eine rot-rot-grüne Landesregierung unter einem linken Ministerpräsidenten ein Bundesland. Viel wurde in diese Entscheidung hineingedeutet: Vom Ende des Abendlandes und dem Wiederaufbau der Mauer bis zur Hoffnung auf eine fortschrittliche, auch für den Bund wegweisende Politik wurde so ziemlich alles vorhergesagt, was das Repertoire politischer Kommentator\*innen hergab.

Zugleich hatte die SPD eine historische Niederlage erlitten: Mit 12,4% hatte sie es vor allem ihrer strategischen Position zu verdanken, dass sie an der neuen Regierung beteiligt ist.

Noch ist der große Umbruch nicht in Sicht. Die Alarmist\*innen wurden widerlegt: Bis jetzt arbeitet die neue Regierung weitestgehend lautlos und muss sich mit denselben Problemen herumschlagen wie die Regierungen zuvor. Wichtige Reformen, von denen wir Jusos erwartet haben, dass sie unter R2G ohne Zögern umgesetzt werden, blieben aus oder wurden verwässert. Die Asylpolitik, die Erhöhung der Jugendpauschale, eine Umgestaltung des Landesprogramms für Demokratie in ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, die Ausweitung der Schulsozialarbeit oder die Kompromisse beim Bildungsfreistellungsgesetz können hier als Stichworte dienen. Dabei sind die Bedingungen für wirkliche Veränderungen hin zu einer solidarischen, gerechten Gesellschaft nie besser gewesen als aktuell. Wir fordern, dass die an der Regierung beteiligten Parteien diese Chance nutzen.

## **Eine Vision muss her!**

Auch die SPD muss sich dieser Verantwortung stellen. Sie ist in der Landesregierung mit den Bereichen Finanzen, Inneres sowie Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft mit Themen vertreten, mit denen das Vorantreiben eines progressiven Wandels nicht automatisch verbunden ist. Mit Verwunderung nehmen wir zur Kenntnis, dass die SPD in der neuen Regierung versucht, sich als die Hüterin der schwarzen Null und der inneren Sicherheit zu etablieren. Von einer SPD in einer rot-rot-grünen Regierung erwarten wir mehr!

Auch mit der bisherigen Auseinandersetzung mit dem desaströsen Wahlergebnis der SPD bei der Landtagswahl geben wir uns nicht zufrieden. Anstelle einer ehrlichen Analyse der verfehlten Themensetzung sowie der undeutlichen Koalitionsabsichten von Seiten aller Verantwortungsträger\*innen erfolgten nur marginale Personalveränderungen. Dass der neue Landesvorsitzende der SPD Thüringen in der Sommerpause 2015 lieber in der Presse darüber philosophiert, den Landesparteitag zu verkleinern und so innerparteiliche Demokratie abzubauen oder den Winterabschiebestopp trotz entgegenstehender Parteitagsbeschlüsse in Frage stellt und das Recht auf Bildung mancher Flüchtlingskinder in Frage stellt, als sich ehrlich und konstruktiv z.B. mit der Situation Asylsuchender oder den wachsenden Neonazi-Aufmärschen zu beschäftigen, halten wir für das völlig falsche Vorgehen.

Wir Jusos verstehen uns als Verband, der seine Kraft aus der Emanzipation seiner Mitglieder schöpft: Wir wollen nicht nur warten, den\*die neue Spitzenkandidat\*in präsentiert zu

bekommen und jubeln zu dürfen. Wir wollen eine Veränderung bewirken. Deshalb können wir uns keinesfalls ausruhen und darauf hoffen, dass die neue, linke Regierung uns mit Wohltaten beglückt, während wir die Hände in den Schoß legen. Unser Anspruch ist es, mit linken, progressiven Vorschlägen an der politischen Willensbildung teilzunehmen.

### **Eine progressive Regierung braucht eine progressive Bewegung!**

Wir Jusos sind Teil der Sozialdemokratie – doch das heißt für uns mehr als Parteimitglied zu sein. Wir sind Teil einer Bewegung! Wir wollen gemeinsam mit befreundeten Verbänden, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen die Arbeit der Regierung kritisch und konstruktiv begleiten. Es ist nicht zu erwarten, dass laut- und finanzstarke Verbände, denen ein anderer Wahlausgang lieber gewesen wäre, ihr Engagement einstellen. Den Verfechter\*innen einer Sparpolitik, einer repressiven Politik der Abschottung und Spaltung nach Innen und Außen, wollen wir eine Bewegung entgegenstellen, die das gute Leben für alle einfordert. Wir werden hier als Jusos deutlich unsere Ideen einer solidarischen Gesellschaft vertreten, aber auch Bündnisse mit Gewerkschaften, Jugendverbänden und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen suchen, um Rot-Rot-Grün zu dem zu machen, was wir davon erwarten: Die Möglichkeit eines echten Politikwechsels!

### **Die Jusos Thüringen – ein sozialistischer Jugendverband!**

Wir begreifen die Welt, die uns umgibt als vom Menschen gemacht und vom Menschen veränderlich.

Diese Möglichkeit, die Welt zu verändern, wollen wir nutzen! Die Jusos Thüringen sind ein eigenständiger Richtungsverband. Wir sehen unseren Zweck nicht in der Durchführung von Wahlkämpfen. Wir verstehen uns sowohl als Ideenwerkstatt, in der wir Konzepte einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft entwerfen, die befreit von kapitalistischen Zwängen ist, aber auch als aktiver Motor gesellschaftlicher Veränderungen im Hier und Jetzt. Diese Doppelstrategie zeichnet uns als sozialistischen, feministischen und internationalistischen Jugendverband aus. Unser Ziel ist der demokratische Sozialismus, für den wir eintreten und kämpfen werden.

### **Neue Zeiten – Neue Fragen. Unsere Themenschwerpunkte für die nächsten zwei Jahre.**

Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre und die darauf folgende Austeritäts- und Sparpolitik hat in vielen Ländern Europas zu unvorstellbaren sozialen Verwerfungen geführt. Wir als Jusos können es nicht nachvollziehen, dass über Kürzungen an Löhnen, Gehältern und Renten, über das Beschneiden von Arbeitsstandards und den Abbau des Sozialstaats gerade in den sogenannten „Krisenländern“ diejenigen für die Krise bezahlen sollen, die sie nicht verursacht haben!

Die Jusos Thüringen wollen die Krise in Europa zum Anlass nehmen, den Gegensatz von Kapital und Arbeit wieder stärker ins Bewusstsein der Menschen zurückzuholen und die grundlegende kapitalismuskritische Frage zu stellen: Wem gehört der Wohlstand, den ich erarbeite? Wer darf über meine Zeit verfügen und bestimmen, wie viel davon ich in Erwerbsarbeit investiere? Wem gehören meine Arbeitskraft, mein Wissen und mein Körper? Wer darf über meine Daten entscheiden und damit Profit machen? Wann, wenn nicht in Zeiten

einer Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, in denen der Kapitalismus deutlich gezeigt hat, dass er nicht das einzige und schon gar nicht das beste Wirtschaftsmodell ist, dass sich eine demokratische und moderne Gesellschaft wünschen kann, sollten wir diese Fragen bearbeiten? Die Zeit ist jetzt!

Diese Fragen sollen sich wie ein roter Faden durch unsere inhaltliche Schwerpunktsetzung ziehen und deutlich machen, dass kapitalistische Strukturen an vielen Stellen wirken und uns von dem Bild fernhalten, das wir von einer egalitären, solidarischen, freien Gesellschaft haben. Wir wollen diese Themen in Seminaren diskutieren, mit unseren Bündnispartner\*innen in den Austausch darüber treten, und mit öffentlichen Aktionen in allen Teilen Thüringens aufzeigen, was diese Fragen mit unserem aktuellen Leben zu tun haben. Unter den drei Projekten des Landesvorstandes „Arbeit, Wirtschaft, Wohlstand“, „Internationales, Globalisierung, Europa“ sowie „Solidarische Gesellschaft“, für die jeweils zwei Mitglieder des Landesvorstands fest verantwortlich sind, werden wir unsere Bildungsangebote und Aktionen bündeln. Bestehende Arbeitskreise zu diesen Themen wollen wir weiterführen und dort, wo es auf Interesse der Mitglieder stößt, neue Arbeitskreise etablieren.

### **Arbeit, Wirtschaft, Wohlstand**

Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, also die Einsicht, dass im Kapitalismus für Unternehmen nur dann Gewinn entstehen kann, wenn sich die Unternehmen den Mehrwert aneignen, den Arbeiter\*innen erwirtschaftet haben, ist einer der Schwerpunkte, mit denen sich die Arbeiter\*innenbewegung und die Jusos seit ihrer Entstehung beschäftigen. Die Welt von heute ist differenziert, globalisiert und digitalisiert. In Zeiten von weltweit arbeitenden Crowdworker\*innen, flexiblen Arbeitszeiten und eigenverantwortlich agierenden, jedoch gleichwohl angestellten Projektmanager\*innen ist nicht mehr einfach zu identifizieren, wer eigentlich über wessen Arbeit bestimmt. Die Digitalisierung und mit ihr verbundene Phänomene wie ständige Erreichbarkeit, verschwimmende Grenzen zwischen Arbeit und Leben und einer Zunahme insbesondere hochqualifizierter Berufe schreitet voran und erfordert politische Antworten. Arbeitgeber\*innenverbände fordern öffentlich die Abschaffung des 8-Stunden-Tages und meinen damit Arbeitszeitverlängerung und die Abkehr einer der wichtigsten gewerkschaftlichen Errungenschaften. Die Zeit ist jetzt, sich erneut mit den Fragen von Kapital und Arbeit zu beschäftigen.

In den kommenden zwei Jahren wollen wir daher folgende Forderungen öffentlich vertreten, weiterentwickeln und Mitstreiter\*innen suchen:

- Eine gerechte Verteilung des erwirtschafteten ökonomischen Wohlstands
- Einen Ausbau der Arbeitnehmer\*innenmitbestimmung bis zur Wirtschaftsdemokratie
- Eine Arbeitszeitverkürzung als Mittel zur Erreichung von Vollbeschäftigung und gleicherer Arbeitszeitverteilung
- Die Gestaltung der „Industrie 4.0“ zum Nutzen der Menschen
- Eine Entwicklung alternativer Arbeitszeitmodelle für mehr Selbstbestimmung des Individuums und nicht die Entgrenzung der Arbeit für mehr Flexibilität von Unternehmen
- Die Einrichtung einer sanktionsfreien Mindestsicherung
- Eine Aufwertung der teils entgeltfreien und meist unterbezahlten "Care-Arbeit"

- Angeblich regelt der Markt alles, schafft es jedoch nicht, adäquate Arbeitsplätze für die Menschen zu schaffen. Wir fordern daher die Abkehr von der Stigmatisierung von Arbeitslosen und eine neue Form der Arbeitsverteilung, damit nicht Arbeitslosigkeit auf der einen und Überarbeitung, Burn-Out und Ausbeutung auf der anderen Seite produziert wird
- Ein Ende des Arbeitsverbots für Refugees!
- Eine nachvollziehbare Anrechenbarkeit von Arbeits- und Lerntätigkeiten im europäischen Ausland. Europäische Mobilität darf kein Nachteil sein!
- In Zeiten, in denen die Arbeitsbeziehungen auch politisch geregelt werden, bedarf es eines politischen Streikrechts!

Die „schwarze Null“ scheint das Dogma der Stunde zu sein. Bloß keine Schulden zu machen, öffentliche Investitionen zurückzufahren, Sozialleistungen mit Sanktionen und Kürzungen zu belegen ist aber aus Sicht der Jusos nicht die Antwort auf soziale Probleme, sondern Teil von deren Ursache. Statt Ausgaben zu kürzen, fordern wir Jusos eine grundlegende Reform der Einnahmeseite. Wir wollen die Verfasstheit unseres Sozialstaates kritisch hinterfragen:

- Bei Schließungen sozialer Einrichtungen wie Jugendzentren müssen die sozialen Folgekosten mit einberechnet werden!
- Kapitalerträge müssen ebenso besteuert werden wie Einkünfte aus Erwerbsarbeit!
- Wir benötigen eine stärkere Umverteilung durch Erbschafts- und Vermögensbesteuerung!
- Eine Bereicherung durch Umweltzerstörung auf Kosten der Allgemeinheit ist nicht hinnehmbar!
- Die Energiewende darf nicht dazu missbraucht werden, Strom und Heizung zum Luxusgut werden zu lassen!

### **Internationalismus, Globalisierung, Europa**

Wir leben in einer Welt mit neuen Herausforderungen. Das Friedens-, Freiheits- und Wohlstandsprojekt Europa ist durch die Finanzmarktkrise schwer erschüttert worden. Kürzungen bei Renten, Löhnen und Sozialausgaben können nicht die richtige Reaktion hierauf sein. Aber auch andere Krisenherde der Welt stellen die staatliche Gemeinschaft vor neue Herausforderungen. Herkömmliche Deutungs- und Wertmuster außenpolitischen und globalen Handelns sind in Wanken geraten. Konflikte haben sich hinsichtlich der handelnden Akteuer\*innen, politischen Ziele und Interessen gewandelt. Knappe Ressourcen und soziale Missstände lassen neue Konfliktherde entstehen, die mit unsicheren Lebensverhältnissen für die jeweilige Bevölkerung verknüpft sind. Eine globalisierte Welt schafft internationale Produktfertigungsketten, bisher aber noch keine international gesicherten Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards. Wir wollen diese Herausforderungen diskutieren und linke Antworten finden auf die Frage, wie Friedenspolitik im 21. Jahrhundert gestaltet werden kann. Die inhaltliche Arbeit des AK „Linke Friedenspolitik“, der im letzten halben Jahr an diesen Themen gearbeitet hat, wollen wir daher fortführen und verstetigen:

Die weltweiten Krisenherde nehmen zu. Dafür tragen Deutschland, Europa und die sog. weltliche Welt eine entscheidende Verantwortung, gerade auch für Flucht und Vertreibung.

Europa ist für uns mehr als ein offener Binnenmarkt: Wir wollen ein nach innen und außen offenes, demokratisches, soziales Europa. Wir akzeptieren weder die tödliche Abschottung nach Außen, die das Mittelmeer in ein Massengrab verwandelt hat, noch Einschränkungen der Freiheit und sozialen Sicherung im Inneren!

Der europäische Kolonialismus und die Ausbeutung des globalen Südens, sowie der von den Industriestaaten hervorgerufene Klimawandel haben den Grundstein für Kriege, Terrorismus, failed states und Hungerkrisen gelegt.

Durch Krieg und Interventionen ist kein langfristiger Frieden zu schaffen. Wir fordern daher eine langfristige Unterstützung beim Aufbau von Zivilgesellschaft, Infrastruktur, Wirtschaft und Verwaltung.

Einer von der EU unterstützten Verelendung der „Krisenländer“ wie Griechenland wollen wir nicht tatenlos zusehen. Europa ist für uns kein starres Regelwerk, das die Existenz und die Perspektiven von Millionen zerschlägt. Das Ziel des europäischen Projektes sehen wir in gleichen Lebensverhältnissen in ganz Europa, die die größtmögliche soziale Sicherheit und Selbstbestimmung jedes und jeder Einzelnen ermöglicht.

### **Solidarische Gesellschaft**

Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaft. Darunter verstehen wir das Zusammenleben aller Menschen ungeachtet ihrer sozialen und ökonomischen Herkunft, ihres Migrationshintergrundes oder der Nationalität, die in ihrem Pass steht, ihres Geschlechts, ihres Alters, ihrer sexuellen Orientierung und Identität und ihrer Behinderung oder gesundheitlichen Beeinträchtigung. Wir streben eine tolerante und vielfältige Gesellschaft an, in der Individuen ihr Leben so gestalten können, wie sie es möchten. Dabei sind wir überzeugt davon, dass wir für die ideale Entfaltung und Selbstbestimmung, für (Weiter-)Bildung und kulturelle Vielfalt einen starken Staat benötigen, der allen Menschen die größtmögliche Teilhabe an Kultur, Partizipation, Bildung und Wohlstand ermöglicht. Genauso wie alle Menschen ein Anrecht darauf haben, am politischen Prozess teilzuhaben, gehört die Stadt allen Menschen zu ihrer freien Entfaltung und kein Lebensbereich – territorial oder symbolisch gesprochen – darf einer Schicht vorbehalten sein. Wir wollen Wohlstand für alle – nicht nur in materieller Hinsicht, sondern auch an Zeit, Glück, Raum zum Leben, Wohnen und Arbeiten und vieles mehr. Im Projekt „Solidarische Gesellschaft“ wollen wir einigen Bereichen besondere Aufmerksamkeit widmen.

Die sozialen und territorialen Räume, in denen wir agieren, weiten sich in der globalisierten Welt immer weiter aus. Mobilität wird damit zu einer der bestimmenden sozialen Determinanten. Auch in Thüringen spielt es eine große Rolle, wo ein Mensch wohnt, wenn es um die Frage geht, ob er oder sie Arbeit findet, soziale und kulturelle Angebote in Anspruch nehmen oder sich politisch betätigen kann. Wir wollen uns verstärkt mit dem Thema Mobilität auseinandersetzen und unsere Vorstellungen von barrierefreier Mobilität nach außen tragen.

Studis sind über einen Solidarbeitrag thüringenweit mobil. Wir wollen diese Möglichkeit auch für Azubis!

Wir nehmen „Bahn statt Auto“ ernst: Wir treten für eine Subventionierung des öffentlichen Fernverkehrs, die bessere Abstimmungen von öffentlichem Fern- und Nahverkehr und einen fahrscheinlosen, abgabenfinanzierten ÖPNV ein.

Mobilität ist kein Luxusgut: Gerade im ländlichen Raum ist der ÖPNV zentral für die Lebensqualität. Wir fordern die Aufrechterhaltung eines flächendeckenden ÖPNV-Netzes oder die kostengünstige Bereitstellung von Alternativen.

Für den Ausbau hoch frequentierter und überlasteter Infrastruktur (bspw. Ein durchgängig zweigleisiger und elektrifizierter Ausbau der Mitte-Deutschland-Verbindung) setzen wir uns ein. Das steigert die Attraktivität des ÖPNV zusätzlich.

Zu einer solidarischen Gesellschaft gehören ebenso Demokratie und Teilhabe. Demokratie ist für uns aber mehr als der turnusgemäße Gang zur Wahlurne, sondern die größtmögliche Mitbestimmung von Bürger\*innen in allen Lebensbereichen.

Wir wollen eine bessere Einbindung der Bürger\*innen in politische Prozesse, jenseits von simplen ja-nein-Volksentscheiden und unter Berücksichtigung asymmetrischer Wissens-, Kapital- und Einflussressourcen.

Wir wollen einen Prozess anstoßen hin zu einer Kultur des Erklärens komplexer politischer Sachverhalten anstatt sie nur auf einige wenige Schlagworte zu verkürzen, da dies einer gesellschaftlichen Entpolitisierung Vorschub leistet.

Wir fordern eine stärkere Einbeziehung von Gewerkschaften und gerade kleinen, finanzschwachen Interessenverbänden wie Jugendverbänden, Flüchtlings- und Frauenrechtsorganisationen in den Gesetzgebungsprozess.

Die Digitalisierung hat nicht nur Einfluss auf die Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen, sondern stellt auch eine Chance für Bildung und Selbstbestimmung dar. Das Internet stellt heute die wichtigste Informationsquelle gerade für die jüngeren Generationen dar. Vor allem im ländlichen Raum ist es für viele zudem eine Möglichkeit an politischen und kulturellen Ereignissen im städtischen Raum teilzuhaben. Doch eine positive Entwicklung der Digitalisierung zum Wohle der Gesellschaft ist kein Selbstläufer, sondern bedarf politischer Regelungen.

Digitale Information ist ein Grundrecht: Wir fordern daher den flächendeckenden Breitbandausbau in Thüringen.

Das Netz ist frei und gleich: Wir lehnen ein Zwei-Klassen-Netz ab, in dem die Daten mancher Vorrang vor anderen haben.

Die informationelle Abhängigkeit von Konzernen ist bereits viel zu groß: Die Nutzung von Open-Source-Produkten sollte an allen kritischen Positionen vorangetrieben werden.

Open governance ermöglicht eine barrierefreiere Partizipation von Bürger\*innen an Verwaltungsentscheidungen. Diese Möglichkeiten sollten ausgebaut und besser verbreitet werden. Zudem bedarf es mehr Möglichkeiten für gemeinnützige Vereine und Verbände, sich über open governance zu informieren und zu beteiligen.

Wir fordern den Schutz der digitalen Privatsphäre auf demselben Niveau wie dem Schutz des Wohnraums: Eine Überwachung des Netzes oder Staatstrojaner lehnen wir ab.

Deutschland ist längst ein Einwanderungsland. Auch in Thüringen leben inzwischen Menschen verschiedenster Nationalitäten, Religionen, kultureller Hintergründe, Hautfarben



und Lebensweisen. Wir Jusos Thüringen begrüßen diese Entwicklung und stehen für eine tolerante, weltoffene und vielfältige Gesellschaft, in der sich jede\*r wohlfühlen kann. Die Entwicklungen in Richtung Migrationsgesellschaft bringen auch Herausforderungen an Politik und Zivilgesellschaft mit sich, an deren Lösungen wir konstruktiv und stets im Austausch mit Migrationsverbänden und Flüchtlingsorganisationen mitarbeiten wollen.

Ob Asylsuchende, EU-Bürger\_innen oder Migrant\_innen aus anderen Ländern: Wir begrüßen alle Menschen, die mit uns in Thüringen leben wollen. Wir sagen: Refugees and immigrants welcome!

Wir brauchen endlich ein modernes Zuwanderungsgesetz, das den Wust an Verordnungen, der vor allem der Abschreckung dienen soll, ablöst und Wege der legalen Einwanderung schafft, die sich nicht nur an Schulabschlüssen und Qualifikationen, also im neoliberalen Duktus an der „Nützlichkeit“ von Menschen für die Wirtschaft orientieren dürfen.

Asylrecht ist Menschenrecht! Das Grundrecht auf Asyl darf nicht von der politisch-finanziellen Situation abhängig sein: Wir wenden uns weiterhin gegen Versuche, dieses Grundrecht „wegzudemonstrieren“. Stattdessen muss sich die Debatte um Möglichkeiten drehen, Kommunen so finanziell auszustatten, dass sie eine menschenwürdige, dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden sicherstellen können.

Das Abwälzen von Problemen auf Asylsuchende und Migrant\*innen befeuert rechtes Gedankengut. Nicht erst seit dem NSU und Attacken auf Flüchtlingsunterkünfte wissen wir: Rassismus tötet. Wir werden uns auch öffentlich immer für die Rechte von Migrant\*innen und Geflüchteten einsetzen und fordern alle politischen Mandatsträger\*innen auf, sich ebenfalls eindeutig zu positionieren. Wo immer Nazis und „besorgte Bürger\*innen“ aufmarschieren und gegen Flüchtlinge hetzen, werden wir vor Ort sein und ihnen entgegentreten.

Die Jusos Thüringen begreifen sich als feministischen Richtungsverband. Feminismus ist für uns die Überzeugung, dass alle Menschen unabhängig ihres Geschlechts die gleichen Chancen in allen Lebensbereichen haben sollten. Das Patriarchat, das eng mit kapitalistischen Mechanismen verknüpft ist, wirkt noch immer in Gesetzen, Stereotypen und gesellschaftlichen Erwartungen fort, die all jene diskriminieren, die sich konservativen Rollenbildern nicht unterordnen wollen oder können. In vielen Bereichen sind davon hauptsächlich Frauen\* betroffen. Das sieht man z.B. in der Unterbezahlung „typisch weiblicher“ Berufe wie der Pflege oder Kindererziehung, dem nach wie vor hohen Gender-Pay-Gap oder der immer noch restriktiven Gesetzgebung hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechts von Frauen\* über ihren eigenen Körper. Gleichzeitig müssen wir uns von reaktionären, rechtskonservativen und „gutbürgerlichen“ Kreisen anhören, der Kampf um Gleichberechtigung hätte sich in eine „Diktatur des Gendermainstreaming“ umgekehrt und die traditionelle Mutterrolle müsse wieder stärker ins Bewusstsein rücken. Dies fordert uns zu einem noch deutlicheren Eintreten für unsere Überzeugungen heraus:

Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Darüber hinaus wollen wir das Lohngefälle zwischen „Männerberufen“ und „Frauenberufen“ abbauen.

Die Quote in Aufsichtsräten hat die Sozialdemokratie durchgesetzt. Wir fordern darüber hinaus eine Frauenquote in den Führungsetagen im öffentlichen Dienst in Thüringen als Vorbild für Thüringer Unternehmen.

Wir unterstützen die Forderungen des verdi-Streiks „Soziale Berufe aufwerten“ vom Mai 2015. Wir fordern eine deutlich bessere Bezahlung sowie bessere Arbeitsbedingungen in den

Sozial- und Erziehungsberufen, was u.a. die Begrenzung von erzwungener Teilzeit, Befristung und Projektgebundenheit mit einbezieht.

Beschäftigung in Teilzeit und/oder Minijobs ist ein Hauptgrund für die weit verbreitete Altersarmut unter Frauen. Wir fordern das Recht auf Vollzeit und ein Rückkehrrecht in das vorherige Arbeitsverhältnis nach einem Erziehungsurlaub und die Abschaffung von Minijobs.

Die Ehe als bürgerliches Konstrukt ist für viele zum Steuersparmodell für die Wohlhabenderen verkommen. Die Forderung nach einer Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare unterstützen wir, sie geht aber noch nicht weit genug. Wir fordern die Abschaffung der Eheprivilegien gegenüber allen anderen Formen des Zusammenlebens und die Einführung eines Zivilpaktes ähnlich dem „PACS“ in Frankreich sowohl für hetero- als auch für homosexuelle Paare als auch weitere Formen des Zusammenlebens, die sich als Familie definieren.

Wir leben in einer Zeit der rape-Culture, in der bei einer Vergewaltigung oder sexuellen Belästigung von Frauen\* lieber erst einmal gefragt wird, ob die Frau\* nicht vielleicht einen zu kurzen Rock getragen hat, als nach dem\*der Schuldigen oder möglichen Unterstützungsangeboten zu suchen. Wir fordern eine Reform des § 177 StGB und einen gesellschaftlichen Aufschrei, der über Twitter hinausgeht.

Jede 3. Frau in der EU ist von häuslicher und/oder sexueller Gewalt betroffen – auch in Thüringen. Wir fordern ein flächendeckendes Netz an Frauen\*häusern und Frauen\*schutzeinrichtungen. Häufig sind in Fällen häuslicher Gewalt auch Kinder und Jugendliche mit betroffen und/oder bekommen die Gewalt in ihren Familien mit und leiden psychisch darunter. Wir fordern daher einen Ausbau der Kinder- und Jugendsozialarbeit in Fällen häuslicher Gewalt.

Für das schöne, also ein selbstbestimmtes Leben jedes\*jeder Einzelnen einzutreten bedeutet auch, dem Individuum zuzutrauen, selbst über den eigenen Konsum z.B. an Drogen zu bestimmen.

Wir treten für eine progressive, akzeptierende Drogenpolitik ein, die sich von der Kriminalisierung der Konsument\*innen abwendet und den Nutzer\*innen einen Anspruch auf Beratung und Ausstiegsmöglichkeiten gewährt und trotzdem Aufklärungs- und Präventionsarbeit leistet. Unser Ziel ist es nicht, Drogenkonsument\*innen an den Stadtrand zu verbannen, sondern in der Mitte der Gesellschaft über Nutzungsverhalten, Risiken und gesellschaftliche Implikationen zu sprechen.

Gleiches gilt für den Alkoholkonsum. Für uns Jusos ist es unverständlich, warum in manchen Thüringer Innenstädten Alkohol zwar in Kneipen und auf Oktoberfesten konsumiert werden soll, das Bier aus dem Supermarkt oder dem Späti aber nur am Stadtrand erlaubt ist. Wir lehnen ein Alkoholverbot in Thüringer Innenstädten nach wie vor ab.

Die Themen Feminismus, Internationalismus und Sozialismus sind für uns nicht nur Einzel- sondern gerade auch Querschnittsthemen. Wir wollen daher unter diesem Gesichtspunkt alle von uns bearbeiteten Politikfelder untersuchen.

## **Bildet Banden! Es ist an der Zeit sich zu vernetzen!**

### **Unsere Netzwerkstellen**

Unsere Netzwerkstellen dienen dazu, Jusos aus allen Teilen Thüringens, die zu einem bestimmten Thema arbeiten, zusammenzubringen und den Austausch zu erleichtern. Sie

können eigenständig Veranstaltungen durchführen und sich mit aktuellen Fragenstellungen beschäftigen. Je ein Landesvorstandsmitglied betreut und koordiniert die Arbeit einer Netzwerkstelle und sucht aktive Mitstreiter\*innen in den Kreisverbänden.

### **Netzwerkstelle Antifa**

Die Jusos Thüringen sind ein antifaschistischer Verband. Wir arbeiten mit Vereinen, Verbänden und autonomen Gruppen zusammen, die sich Nazis auf Demos, Kundgebungen, Konzerten oder sonst wo in den Weg stellen, über Neonazi-Strukturen aufklären und gegen Rassismus, Antisemitismus und menschenverachtende Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft und im Neonazimilieu arbeiten und sich dagegen positionieren.

In der Netzwerkstelle Antifa wollen wir nicht nur Jusos, die sich mit dem Themenfeld Antifaschismus beschäftigen, zusammenbringen, sondern auch Bündnisarbeit mit anderen Verbänden, Initiativen, Gewerkschaften und Co. leisten.

### **Netzwerkstelle Frauen\***

Noch immer sind in unserem Verband bedeutend weniger Frauen\* als Männer\* Mitglied und aktiv. Eine frauen\*politische Arbeit steht nicht nur aus diesem Grund für uns Jusos außer Frage. Die Arbeit unserer Frauen\*netzwerkstelle wollen wir darum fortführen und mehr regelmäßige Angebote für Frauen\* organisieren. Im Mittelpunkt sollen Vernetzung und Erfahrungsaustausch von Juso-Frauen\* stehen, sodass wir Juso-Frauen\* dort Best-Practice-Beispiele für die politische Arbeit und gegen latente oder offene Diskriminierung austauschen können. Inhaltlich wollen wir uns in der Netzwerkstelle sowohl mit gleichstellungspolitischen als auch anderen politischen Thematiken befassen, die aus einem genderrelevanten Blickfeld zu beleuchten sind. Zudem wird die Frauen\*netzwerkstelle Lösungsvorschläge erarbeiten, wie Frauen\*förderung, z.B. über Frauen\*empowermentprogramme, bei uns im Verband besser umgesetzt werden kann.

Die Frauen\*netzwerkstelle wird dabei trans\*inklusiv arbeiten.

### **Netzwerkstelle Bildung**

Mit den Juso-Hochschulgruppen und den Juso-Schüler\*innen haben wir zwei eigenständig arbeitende Strukturen, die sich aktiv - nicht nur aber vor allem - in bildungspolitischen Belangen engagieren. Auch die Jusos Thüringen als Gesamtverband profitieren von den Impulsen der HSGen und Schülis und wollen sie stärker nutzen. Deswegen werden wir eine Netzwerkstelle Bildung ins Leben rufen, in der HSGler\*innen, Schülis, Azubis und alle, die sich mit Bildungspolitik auseinandersetzen wollen, zu Zivilklauseln an Hochschulen, gelingender Inklusion, kostenlosem Kita-Jahr, Demokratisierung an Schulen, alternativen Lernmodellen jenseits des Auswendiglernens, Anwesenheitspflichten, verschiedenen Schulmodellen usw. in den Austausch treten.

### **Netzwerkstelle Kommunales**

Es ist eine Stärke der Jusos Thüringen, dass wir viele kommunalpolitisch aktive Jusos haben. Bei den Kommunalwahlen 2014 sind über 100 junge Genoss\*innen in Thüringen für Gemeinderäte, Stadt- und Kreistage angetreten. Viele waren erfolgreich und vertreten jetzt linke Positionen in ihren Kommunen. Diese Jusos wollen wir zusammenbringen. Die Netzwerkstelle soll ihnen die Möglichkeit bieten, über kommunalpolitische Themen wie z.B. die Einführung von Gemeinschaftsschulen vor Ort, Bürger\*innenbeteiligungsmodelle oder bestmögliche Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete aus einer spezifischen Juso-

Perspektive zu diskutieren und sich auszutauschen. Außerdem soll die Möglichkeit bestehen, gemeinsam Strategien und Best-Practice-Beispiele zum Umgang mit der Fraktionsarbeit vor Ort, zum Setzen eigener jugendpolitischer Themen oder gelungener Kooperation mit Bündnispartner\*innen auf kommunaler Ebene zu besprechen.

## **Ein Verband für alle – partizipativ, kritisch und aktiv**

### **Wissen ist Macht!**

Die Mechanismen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft werden immer komplizierter: Die meisten Prozesse und inhaltlichen Fragen lassen sich nicht mehr einfach darstellen und in ein schlichtes Gut/Schlecht-Schema einordnen. Deshalb wollen wir unsere Mitglieder in die Lage versetzen, nicht mehr „höheren, finsternen Mächten unterworfen“ (Rudi Dutschke) zu sein.

Bildet euch, bildet andere, bildet Banden – diesem Leitgedanken folgend stellt die innerverbandliche Bildungsarbeit einen der wichtigsten Bestandteile der Arbeit des Landesverbandes dar.

Wir Jusos sind ein sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband. Zu diesen drei Themenkomplexen werden wir in regelmäßigen Abständen Grundlagen-, aber auch spezialisierende Seminare anbieten. Weitere Themenschwerpunkte der Bildungsarbeit sind für uns Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsrecht, Wirtschaftspolitik, Migrations- und Asylpolitik, Rassismus, Antisemitismus und menschenverachtende Einstellungen sowie die Geschichte der Arbeiter\*innenbewegung. Hierzu wird der Landesverband einführende und spezialisierende Seminare und Bildungsangebote anbieten.

Auf bewährte Angebote wollen wir dabei nicht verzichten. Hierzu gehört u.a. unser jährliches Auftaktwandern, aber auch die gemeinsame Gedenkstättenfahrt nach Buchenwald mit anderen linken, antifaschistischen Jugendverbänden, die wir auch in Zukunft durchführen wollen.

Daneben ist auch methodische Schulung wertvoll: Seminare zu Methoden der Moderation, zu Medienkompetenz und guter Verbandsarbeit stellen ein wertvolles Angebot zur Weiterbildung unserer Mitglieder dar. Auch Fähigkeiten wie das ordnungsgemäße Anmelden einer Demonstration wollen wir vermitteln.

### **Wie wir zusammenarbeiten wollen**

Unsere vielfältige Mitgliederstruktur stellt uns oftmals aber auch vor Probleme: Wir sind keine reine „Kaderschmiede“, die stromlinienförmige „Nachwuchspolitiker\*innen“ ausbilden soll. Dabei sind wir aber auch kein weltfremder Hinterzimmer-Debattierverein, der sich nur theoretisch abarbeitet, ohne jemals ein Ergebnis seiner Arbeit zu erwarten. Erst in der Verbindung von Theorie und Praxis, von kommunaler Arbeit und dem „großen Ganzen“ können wir unser Profil von inhaltlicher Stärke, zukunftsweisender Programmatik und politischer Durchsetzungskraft entwickeln.

Nur wenn wir vertrauensvoll zusammenarbeiten, kann diese Herausforderung gelingen. Dazu benötigen wir ein freundschaftliches Klima. Inhaltliche Auseinandersetzungen dürfen nicht zu persönlichen Fehden werden.

Neben unseren inhaltlichen Veranstaltungen soll daher der persönliche Aspekt auch nicht zu kurz kommen: Kaum etwas ist so motivierend für weiteres Engagement wie Freundschaften

zu anderen Genoss\*innen und das Wissen um deren Solidarität. Daher wollen wir verstärkt unsere inhaltliche Arbeit um Exkursionen ergänzen. Neben unserem traditionsreichen Auftaktwandern gehören dazu auch Parlamentsfahrten, z.B. nach Berlin oder Brüssel, Gedenkstättenfahrten, Aktionstrainings oder etwa der Besuch lokaler Betriebe, wo wir uns mit Betriebsrät\*innen vernetzen wollen.

Auch wenn es selbstverständlich sein sollte: Wir verstehen uns als Schutzraum für junge Menschen, die etwa wegen ihrer Herkunft oder ihrer sexuellen Orientierung oft in der „Mehrheitsgesellschaft“ kein Gehör finden können. Daher wenden wir uns entschieden gegen jedes sexistische, rassistische, antisemitische, homophobe oder sonstige menschenverachtende Verhalten.

### **Alles Große fängt klein an**

Unsere Kreisverbände sind der Ursprung unserer Stärke: Nur vor Ort kann eine tiefe Verankerung in der Gesellschaft gelingen. Deshalb sollen gerade die kleineren Kreisverbände unterstützt werden. Kein\*e neue\*r Kreisvorsitzende\*r soll im Regen stehen gelassen werden: Der Einstieg in die oft undurchsichtigen politischen Strukturen kann frustrierend sein. Die Jusos Thüringen haben dafür auf allen Ebenen kompetente Mitglieder, die ihr Wissen weitergeben können. Auch der Landesverband sieht sich in einer besonderen Verantwortung für die Kreisverbände, die über das Angebot an Bildungsveranstaltungen hinausgeht. Der\*die Landesausschussvorsitzende wird als Ansprechpartner\*in für die Kreisverbände zur Verfügung stehen. Daneben sollen neu gewählte Kreisvorsitzende eine\*n „Buddy“ aus dem Landesvorstand zur Verfügung gestellt bekommen, der\*die den Kreisverbänden unterstützend in allen Fragen zur Seite steht. Mit diesen klaren Strukturen wollen wir die Voraussetzung für eine verlässliche Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden schaffen. Um kreative Ideen gerade aus neugegründeten Kreisverbänden zu fördern, unterstützt der Landesvorstand gute Projekte in den Kreisverbänden nach Antragstellung im Rahmen der Möglichkeiten des Landesverbandes und wenn eine Förderung durch die örtliche SPD-Gliederung nicht möglich ist, auch finanziell.

### **Die Jusos Thüringen – ein aktiver Teil des Bundesverbandes**

Als Thüringer Jusos müssen wir auch bundesweit nicht alleine kämpfen. Wir verstehen uns als aktiver Teil des Bundesverbandes und wollen diesem Anspruch gerecht werden, indem wir uns auch weiterhin an Basiskonferenzen, Perspektivwochenenden und Tagungen beteiligen. Auf dem Bundeskongress wollen wir auch mit eigenen Anträgen eine linke Stimme erheben und an den Debatten im Bundesverband aktiv mitwirken.

Als Teil der Dachorganisationen IUSY (International Union of Socialist Youth) und YES (Young European Socialists) werden wir prüfen, in wieweit Austauschprogramme mit europäischen und internationalen Partnerorganisationen möglich sind.

### **Ein starker Verband braucht Bündnispartner\_innen**

Die Jusos Thüringen sind ein Verband, der sich der Arbeiter\*innenbewegung verbunden fühlt. Wir verstehen Sozialdemokratie nicht als Partei, sondern als Bewegung in breiten Teilen der Gesellschaft. Wir sind froh, mit unseren Zielen und unseren Visionen nicht alleine zu sein.

Viele Initiativen und Verbände setzen sich für ein linkes, solidarisches Leben ein. Mit diesen möchten wir gemeinsam streiten.

An erster Stelle stehen dabei für uns die Verbände der Arbeiter\*innenjugend. Mit den sog. Beethovenverbänden, also der Naturfreundejugend, der DGB-Jugend und den Mitgliedsgewerkschaftsjugenden, dem Jugendwerk der AWO und der sozialistischen Jugend Deutschlands - den Falken verbindet uns eine historisch gewachsene und in den letzten Jahren verstärkt auch in Thüringen intensivierte Zusammenarbeit. Mit ihnen wollen wir erfolgreiche Projekte wie das alle 2 Jahre stattfindende Arbeiter\*innenjugendcamp und die gemeinsame Gedenkstättenfahrt weiterführen, aber auch darüber hinaus in konkreten Fragestellungen zusammenarbeiten.

Mit der neuen rot-rot-grünen Landesregierung stellt sich für uns auch die Frage nach der Art und Weise der Zusammenarbeit mit der grünen Jugend und der Linksjugend solid. Bereits bestehende Kontakte wollen wir intensivieren. Wir streben darüber hinaus ein kritisches Bündnis unserer drei politischen Jugendverbände zur Begleitung des Regierungsbündnisses an.

Das Leben in Thüringen war in den letzten Jahren verstärkt geprägt von neonazistischen Aufmärschen und Rechtsrockkonzerten, einer beispiellosen Mordserie der Nazi-Terror-Organisation NSU, die in Thüringen ihren Ursprung nahm, sowie Demonstrationen und Kundgebungen der neuen Rechten. Thügida, Sügida, Endgame, NPD, der Dritte Weg, freie Kameradschaften und viele weitere Gruppen, in denen sich von vermeintlich „besorgten Bürger\*innen“ bis zu harten Nazis rechtes Gedankengut und Aggressionspotential tummelt, wird auch in Zukunft unseren Widerstand erfahren. Wir werden dafür auch weiterhin mit antifaschistischen Organisationen in Thüringen zusammenarbeiten. Wir werden uns auch weiterhin am antirassistischen-antifaschistischen Ratschlag beteiligen und uns mit antifaschistischem Engagement solidarisch zeigen. Wir stehen immer zu Gegenaktionen bereit, wenn der braune Mob vor einer Flüchtlingsunterkunft tobt oder Nazis auf Rechtsrockkonzerten ihren Hass herausbrüllen.

Da rassistischem und menschenverachtendem Denken schon in der Schule entgegengewirkt werden muss, bekennen wir uns als Mitinitiator\*innen und Netzwerkpartner\*innen zum NDC (Netzwerk für Demokratie und Courage) und werden dessen Arbeit unterstützen.

Weiterhin wollen wir mit Vereinen und Organisationen zusammenarbeiten, die sich als Selbstorganisation oder Unterstützungsverbände für Personengruppen oder Interessen einsetzen, die keine oder nur eine geringe Lobby in Politik und Wirtschaft haben. Dazu gehören Flüchtlingsorganisationen, LGBTIQ\*-Verbände, Naturschutzverbände und Bürger\*innen- und Single-Cause-Initiativen, deren Anliegen wir im Verband diskutiert haben und teilen. Mit ihnen wollen wir in den Austausch über gemeinsame Aktionen treten und sie in ihren Anliegen auch gegenüber der SPD unterstützen.

Wenn wir uns als Teil einer Bewegung verstehen und auch andere von unseren Idealen überzeugen wollen, ist es auch wichtig, mit vermeintlich unpolitischen Verbänden und Vereinen zusammenzuarbeiten und uns mit deren Anforderungen an Politik auseinanderzusetzen. Die Jusos Thüringen begrüßen es daher, wenn die Kreisverbände auch Kooperationen mit Jugendzentren, Sportvereinen, Freiwilligen Feuerwehren etc. knüpfen und auch dort unsere Ideen einer solidarischen Gesellschaft thematisieren.

Sagen, was ist – Unsere Öffentlichkeitsarbeit

Die Bereitstellung von Informationen und die Offenlegung von Arbeitsprozessen sind die Voraussetzung einer partizipierenden und mündigen Gesellschaft. Durch die Digitalisierung können sich interessierte Bürger\*innen zu vielen Themenfeldern eine Meinung bilden und sich im Netz organisieren. Daher ist es heutzutage umso wichtiger als politische Organisation den Diskussionsprozess und die späteren Beschlüsse offen zu legen und jeder\*jedem Interessierten zugänglich zu machen. Auch für Nichtmitglieder ist es wichtig, Beschlüsse und Positionen der Jusos schnell und unkompliziert bereitzustellen, um unsere Positionen besser nach außen zu tragen.

Für die kommende Arbeit des Landesverbandes soll daher der Internetauftritt verbessert und durch regelmäßige Statements der Jusos zur politischen Lage in Thüringen und Bund (z.B. auf der Homepage oder bei facebook) bereichert werden. Der Downloadbereich zu Antrags- und Beschlussbüchern bietet jetzt schon Mitgliedern und Außenstehenden eine gute Möglichkeit, sich über vergangene Diskussionsprozesse zu informieren. Ihn möglichst aktuell zu halten, ist ein wichtiges Ziel der Öffentlichkeitsarbeit. Eine Person des Landesvorstandes erklärt sich als Webbeauftragte\*r für diese Aufgaben vorwiegend zuständig. In diesem Zusammenhang wird geprüft, ob der postalisch verschickte Infobrief der Jusos Thüringen fortgeführt wird.

An der Medienlandschaft, wie sie heute geschaffen ist, kommen wir als Jusos nicht vorbei, wenn wir Aufmerksamkeit auf unsere Meinungen lenken, unseren Forderungen in der Gesellschaft Bekanntheit und im politischen Prozess Nachdruck verleihen wollen. Eine aktive Öffentlichkeitsarbeit über Pressemitteilungen, Zeitungsinterviews und Co. ist daher unerlässlich.

Zugleich wollen wir für uns grundsätzliche Themen in Flyern und Borschüren festhalten. Sie sollen unsere Diskussionen und Ideen einer gerechten Gesellschaft nach außen tragen.

Gleichzeitig regen wir bei den Kreisverbänden an, auch dort Beschlüsse und Debatten öffentlich zu machen. Als Unterstützungsangebot sollen Medien- und Presseworkshops angeboten werden.

### **Bei uns soll sich jede\*r wohlfühlen können!**

Noch immer stellt die Kontaktaufnahme und die Mitarbeit bei den Jusos für viele junge Menschen eine Hürde dar. Gerade in den Kreisverbänden aber auch auf Landesebene ist es daher wichtig, die Begleitfaktoren politischen Engagements so niedrigschwellig und angenehm wie möglich zu gestalten. Das beginnt bei der direkten, hierarchiefreien Ansprache neuer Mitglieder, schließt eine Kultur des Diskutierens statt Vortragens ein und endet bei möglichst häufigen Unterstützungsangeboten gerade für neue Mitglieder.

Als feministischer Richtungsverband ist es uns wichtig, dass wir auf unseren Veranstaltungen ein etwa ausgeglichenes Frauen/Männer\*-Verhältnis haben. Häufig stellen wir aber fest, dass Frauen\* nur unterrepräsentiert auf Veranstaltungen präsent sind. Daher wollen wir bei einem hohen Anmeldestand für Seminare Frauen\* und Neumitglieder den Vortritt lassen.

Um den Schutz vor Diskriminierung zu gewährleisten, werden wir weiterhin und verstärkt auf Ansprechpartner\*innen bzw. Awareness-Teams setzen. Die Schulung von Diversity-Kompetenz soll dabei verstärkt in den Vordergrund rücken.

## **B1 Bildung als Bundeskompetenz**

Die Jusos Thüringen fordern die Verlagerung der Zuständigkeit für Bildung auf die Bundesebene.

## **B2 Integration gelingt durch Bildung!**

Wir Jusos Thüringen fordern die Landesregierung auf, die Voraussetzungen für eine gelingende Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und insbesondere von Kindern mit Fluchterfahrung zu schaffen. Die dafür notwendigen Voraussetzungen sind:

1. Zusätzliche Einstellung von DAZ-Lehrer\*innen zur Durchführung der Sprachklassen und der Integration in den normalen Unterricht.
2. Die Förderung von Schulneubauten und Schulsanierungen zur Schaffung ausreichender Schulkapazitäten.
3. Erweiterung des Einstellungskorridors für Lehrer\*innen, um eine bessere Schüler-Lehrer-Relation in den Klassen zu ermöglichen und individuelle Hilfestellungen zu gewährleisten.
4. Die Unterstützung der Lehrer\*innen – Elternarbeit durch die Bereitstellung und Kostenübernahme von Dolmetscher\*innen.
5. Eine Erhöhung des Landesprogramms für Schulsozialarbeit, um mögliche Konflikte vorzubeugen und die Vernetzung zwischen Schulsozialarbeit, aufsuchender und offener Jugendarbeit zu gewährleisten.
6. Fortbildungsmaßnahmen für Lehrer\*innen zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz und Sensibilität.

## **B3 Abschaffung Numerus Clausus**

Die Landeskonferenz möge beschließen, den Numerus Clausus in der Studienbewerbung abzuschaffen. Ein Zugang zum Studium für qualifizierte Menschen, die den Numerus Clausus nicht erreicht haben, ist kaum möglich. Auch ist der Numerus Clausus im Bundesvergleich nicht aussagekräftig, da noch nicht überall ein zentrales Abitur eingeführt wurde.

## **B4 Schulbusfinanzierung für SchülerInnen der Oberstufe**

Wir, die Juso-SchülerInnen und Auszubildenden, fordern, dass die Fahrtkosten für SchülerInnen der Oberstufe bis zur nächst gelegenen Schule der gewählten Schulart übernommen werden und somit jeder Schüler/ jede Schülerin die gleiche Chance erhält, ohne zusätzlichen finanziellen Aufwand seine Schule zu besuchen. Dies soll als Übergangslösung gelten bis das SchülerInnen und Azubi Ticket wirksam ist.



## **B5 Digitale Bildung - einmal Medienkunde in sinnvoll bitte!**

Wir fordern den Landesverband der Jusos Thüringen dazu auf, gemeinsam mit dem AK Digitales ein Konzept zur Reform des Unterrichts hinsichtlich der digitalen Bildung zu erarbeiten und sich für dieses auf Landesebene einzusetzen. Wir fordern die SPD auf, sich unter anderem in den folgenden Bereichen für eine pädagogische Schwerpunktsetzung einzusetzen:

- Ethik im sozialen Netzwerk
- Schutz/ Umgang mit den eigenen Daten und digitaler Fußabdruck
- Informationen über die Technik dahinter – Funktionsweisen und Technik der Netzwelt
- Möglichkeiten der Beteiligung erlernen: auf dem Weg zur liquid democracy

Medienkunde ist für uns eine Querschnittsaufgabe. Dazu gehören eine geeignete Aus- und Fortbildung für Lehrer\*innen, sowie eine geeignete technische Voraussetzung an Schulen.

## **B6 Ein Grundrecht auf Internet für alle!**

Die Jusos Thüringen sehen den Zugang zum Internet als Bürger\*innenrecht an und fordern deshalb ein Grundrecht auf Internet für alle Menschen unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft und ihrem Aufenthaltsstatus. Dazu müssen die Kosten für einen Internetanschluss in den Regelsätzen von Arbeitslosengeld II und anderen Sozialleistungen realitätsnah berücksichtigt werden. Ein PC gehört zur Grundausrüstung einer Wohnung. Weiter muss eine Internetgrundversorgung mit mindestens 40Mbits überall in Deutschland gewährleistet werden.

## **B7 Kostenfreies W-LAN in Städten und Gemeinden**

Die Jusos Thüringen setzen sich langfristig für Freifunk in Städten und Gemeinden in Thüringen ein.

## **B8 Geheimnisse sind ein Grundrecht – keine Backdoors in Verschlüsselungssoftware**

Die Jusos Thüringen bekennen sich zu einem Grundrecht auf Verschlüsselung elektronischer Daten. Die Einführung von sog. Backdoors, die staatlichen Behörden Zugriff auf diese Daten auch gegen den Willen Betroffener ermöglichen lehnen wir ab.

## C1 Progressive Drogenpolitik

Die Prohibitionspolitik im Umgang mit Cannabis ist grundlegend gescheitert. Zu diesem Ergebnis kommt implizit die *Global Commission on Drug Policy* (eine unabhängige internationale Kommission mit dem erklärten Ziel, Ansätze für eine evidenzbasierte und schadensmindernde Drogenpolitik zu erarbeiten und in die öffentliche Diskussion einzubringen), die bereits 2011 feststellte, dass der weltweite Kampf gegen Drogen gescheitert sei.

Jede\*r vierte erwachsene Bürger\*in in Deutschland hat nach Schätzungen schon einmal Erfahrungen (wie Besitz, Verkauf, Anbau, Konsum, ...) mit Cannabis gemacht. Somit ist Cannabis die am meisten konsumierte illegale Droge in Deutschland und ca. 16 Mio. Bürger\*innen stehen mit einem Bein im Knast oder vor völlig unverhältnismäßig hohen Strafen. Cannabis ist gemäß § 1 des Betäubungsmittelgesetzes eine nichtverkehrs-fähige und somit verbotene Substanz. Nach §§29 ff. BtMG sind Anbau, Herstellung, Handel, Einfuhr, Ausfuhr, Abgabe, Veräußerung, sonstige Inverkehrbringung, Erwerb und Besitz von allen Pflanzenteilen des Cannabis strafbar.

Die Reform des deutschen Betäubungsmittelgesetzes ist der Ansatzpunkt für eine neue, progressive Drogenpolitik in Deutschland. In einigen anderen Staaten der Welt beobachten wir schon seit einigen Jahren ein Umdenken, weg von der (repressiven) Cannabis-Prohibition und hin zu einer progressiven (akzeptierenden) Drogenpolitik. Beispielhaft sind hier neben Portugal, wo wohl die liberalste Drogenpolitik weltweit praktiziert wird, auch Spanien, die Schweiz, die Niederlande, Uruguay (als erster Staat der Welt, der den Anbau und Verkauf von Marihuana und Cannabisprodukten unter staatlicher Kontrolle legalisiert hat) und Teile der USA (insbesondere Colorado und Washington State) zu nennen.

Wir Jungsozialist\*innen kämpfen täglich für progressive Ansätze in der Politik und sind daher der Meinung, dass auch Deutschland sich diesem überaus notwendigen und überfälligen Fortschritt nicht verwehren darf und Cannabis endlich freigegeben werden muss! Denn für eine Legalisierung von Cannabis sprechen zahlreiche plausible Gründe:

### **Der Mythos vom Cannabis als „Einstiegsdroge“**

Immer noch wird als Hauptargument gegen eine Freigabe von Cannabis der Mythos der „Einstiegsdroge Cannabis“ propagiert. Diese Behauptung ist jedoch schlichtweg als falsch und ideologisch motiviert zu betrachten und wurde auch schon zahlreich in diversen Studien widerlegt. So legt eine Studie vom Juni 2012 in den USA, durchgeführt an über 50.000 Schüler\*innen nahe, dass Alkohol die eigentliche Einstiegsdroge sei, welche zum Konsum von Tabak und weiteren Drogen führe.

Ausgerechnet auch eine 1995 vom Bundesgesundheitsministerium unter Horst Seehofer (CSU) in Auftrag gegebene Studie kommt zu dem Ergebnis: „Die Annahme, Cannabis sei die typische Einstiegsdroge für den Gebrauch harter Drogen wie Heroin, ist also nach dem heutigen wissenschaftlichen Erkenntnisstand nicht haltbar.“ (*Dieter Klein & Renate Soellner; Cannabiskonsum: Entwicklungstendenzen, Konsummuster und Risiken; 1995*). Auch das

Bundesverfassungsgericht stellte bereits im Jahre 1996 in einem Urteil fest, dass Cannabis nicht gefährlicher als Alkohol sei. Diese als relativ harmlos eingestufte Charakteristik von Cannabis zeigt auf, dass die aktuelle Prohibitions politik unverhältnismäßig ist.

### **Unverhältnismäßigkeit beseitigen und Populismus entlarven!**

Gerade in Hinblick auf die Verhältnismäßigkeit ist es unerklärlich, warum Cannabis im Gegensatz zu Alkohol de jure verboten ist und eine Strafverfolgung droht. Durch die aktuelle Drogengesetzgebung wird ein falsches Bild von „Drogen“ suggeriert und leider auch allzu oft propagiert. So scheint es für die CSU absolut keinen Widerspruch darzustellen diverse Parteiveranstaltungen mit reichlich Weißbier zu unterbetten, während sie gleichzeitig feststellt: "Wir bleiben bei unserer bewährten Linie: Null Toleranz gegen Drogen." (*Joachim Herrmann (CSU), 2015*).

So wird zwischen den vermeintlich „guten“ und „schlechten“ Drogen unterschieden. Was legal ist, gilt oft als akzeptabel oder gar ungefährlich. Alkohol, Nikotin und auch Koffein müssen aber ebenfalls als „Drogen“ betrachtet und vor allem im Umgang damit auch wahrgenommen werden. Insbesondere die Folgen von Alkoholkonsum dürfen nicht verkannt werden. Jährlich sterben allein in Deutschland ca. 74.000 Menschen an den Folgen von Alkohol kombiniert mit Tabak. Dazu kommen weitere 111 000 allein tabakbeding Todesfälle pro Jahr. Im Vergleich dazu gab es 2013 ca. 1000 Tote aufgrund von Konsum illegaler Drogen, wobei bis heute keine Toten aufgrund einer Überdosis THC (*Tetrahydrocannabinol, rauschbewirkende Substanz des Cannabis*) zu beklagen sind. Dabei möchten wir Alkohol nicht gegen Cannabis ausspielen, es muss aber konstatiert werden, dass der aktuelle wissenschaftliche Stand Cannabis im Vergleich zu Alkohol vor allem in den Bereichen Toxizität und Suchtpotential als weniger gefährlich einschätzt. So kann der bloße Verweis auf die kulturelle Einbindung von Alkohol die momentane Ungleichbehandlung beider Substanzen nicht rechtfertigen, zumal Cannabis auch schon früh als Medizin in Europa genutzt wurde und erst durch die Prohibition an Bedeutung verlor.

### **Drogenkonsum ist ein soziales Phänomen und keine Kriminalität!**

Im Allgemeinen muss Drogenkonsum endlich als soziales Phänomen (und nicht als Kriminalität!) betrachtet und verstanden werden. Bei Drogenkonsum handelt es sich zunächst einmal um eine opferlose Selbstschädigung (im Falle von Passivrauchen auch um Fremdschädigung, hier greift das Nichtraucherschutzgesetz), weshalb folgerichtig der Konsum in Deutschland straffrei ist. Allerdings ist es realitätsfern anzunehmen, dass ein Konsum ohne Handel und Besitz der Konsumsubstanz zu Stande kommt. Weiterhin folgerichtig wäre es also auch den Handel und den Besitz von Cannabis zu legalisieren. Ein liberaler Rechtsstaat muss dem Bürger dieses Selbstbestimmungsrecht zugestehen.

*Warum eine Legalisierung von Cannabis?* Wir sind der Meinung, dass zum einen die weite Verbreitung von Cannabis-Konsum eine Anerkennung dieser Realitäten erfordert und zum anderen aber auch die wissenschaftlich bewiesene moderate Gefahr von Cannabis einen solchen Schritt rechtfertigt und erforderlich macht.

*Was ist mit anderen (auch „härteren“) Drogen?* Auch andere Drogen, wie Metamphetamine oder Kokain müssen einer vorurteilsfreien, rationalen Bewertung unterworfen werden. Die Wissenschaft geht hier von einem wesentlich kleineren Konsument\*innenkreis und einem

erheblich höheren Konsumrisiko aus, weshalb eine komplette Legalisierung (wie im Falle von Cannabis) hier nicht zielführend und sinnvoll erscheint. Dennoch sollten alternative Ansätze zur Entkriminalisierung (z.B. streng kontrollierte Verschreibung auf Rezept) der oft an den Rand der Gesellschaft gedrängten Konsument\*innenkreise diskutiert und nach gründlicher Abwägung und Bewertung in Modellversuchen angewandt werden.

Gleichzeitig erkennen wir an, dass das Phänomen des Drogenkonsums oft auch problematische Gestalt annimmt, insbesondere dann wenn Suchtverhalten, psychische und physische Schädigung durch Substanzen, soziale Aus- und Abgrenzung, Stigmatisierung, Beschaffungskriminalität und Rauschunfälle auftreten.

Deshalb muss der Fokus der progressiven Drogenpolitik auf Drogenprävention (und nicht auf Strafverfolgung!) liegen. Drogenprävention kann hier auf verschiedenen Ebenen stattfinden:

1. Primärprävention umfasst Maßnahmen mit Menschen, die noch nicht Drogen konsumiert haben. Diese sollen auf Konsumvermeidung bzw. Konsumermüdung zielen (insbesondere durch Aufklärung und staatliche Regulierung).
2. Sekundärprävention umfasst Maßnahmen mit Menschen, die bereits konsumiert haben. Dies sind rückfallverhütende und rehabilitierende Maßnahmen für Menschen, die ihr Drogenproblem überwunden haben. (z.B. Anleitung zum „Safer Use“)
3. Tertiärprävention umfasst alle Therapie- und Drogenhilfsangebote für Süchtige oder Konsumenten mit anderweitigen Problemen. (z.B. Drogensubstitution, Drogenentwöhnung oder Selbsthilfegruppen)

Drogenprävention sollte als offenes Konzept staatlicher und nicht-staatlicher Akteure verstanden werden, dass immer wieder den gesellschaftlichen Realitäten und aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen angepasst werden muss, um dauerhaft ihrem progressiven Anspruch und damit den sozialen Bedürfnissen der Bürger\*innen gerecht zu werden.

Abschließend kann festgehalten werden, dass nach dem Gesetzlichkeitsgrundsatz „nullum crimen, nulla poena sine lege“ Drogenkriminalität per se als Produkt der Prohibition angesehen werden muss.

### **Regulierung durch Legalisierung!**

Schon die Erfahrungen aus der Prohibition von Alkohol in den USA Anfang des 20. Jhd. lehrten die US-amerikanische Politik, dass das Verbot von Drogen den Konsum (sofern er eine ernst zu nehmende gesellschaftliche Realität darstellt) kaum beschränkt, sondern vielmehr dem Wachstum organisierter und genereller Kriminalität Vorschub leistet. Auch heute muss konstatiert werden, dass die Cannabis-Konsumrate offensichtlich nicht vom gesetzlichen Status abhängt. So ist die Cannabis-Konsumrate in Frankreich (wo eine sehr restriktive Drogenpolitik betrieben wird) deutlich höher als z. B. in den Niederlanden (wo Cannabis 1976 entkriminalisiert wurde). Über den Daumen gepeilt heißt das also für den Durchschnittsbürger, wer kiffen will, der kiffert egal ob Cannabis legal oder illegal ist. Somit hat die Cannabis-Prohibition hier Ziel, nämlich die Verhinderung des Konsums verfehlt. Stattdessen entstand ein gutorganisierter Schwarzmarkt im großen und kleinen Stil. Doch in einem Schwarzmarkt sind staatliche Regulationsinstrumente (wie z. B. Verbrauchssteuern,

Jugendschutz, Qualitätskontrollen, ...) nicht anwendbar. Die Folge sind schwankender THC-Gehalt im Cannabis (bis hin zu hochpotenten Substanzen), schwankende Cannabis-Qualität (z. B. Schimmelpilze oder Streckmittel), mangelnder Jugendschutz, keine Mengenregulierung,

Beschaffungskriminalität und Finanzierung von mafiösen Strukturen. Legalisierung von Cannabis heißt also einen Schwarzmarkt, der bisher ins keiner Weise regulierbar ist, in staatliche Kontrolle und Überwachung zu überführen.

### **Gesamtgesellschaftliche Kostenvorteile einer Legalisierung!**

Unsere These lautet, dass die durch die Cannabis-Prohibition entstandenen gesamtgesellschaftlichen Kosten wesentlich höher sind als die Kosten einer Legalisierung. Die Prohibitionskosten setzen sich aus verschiedenen Teilkosten zusammen:

- Kosten für Exekutive und Judikative: Polizei, Zoll, Staatsanwaltschaft, Gerichte, Gefängnisse.
- Kosten durch die indirekte Unterstützung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus (einschließlich Korruption, Geldwäsche und Bandenkriegen).
- Kosten durch erhöhte Gesundheitsrisiken bei Konsumenten, insbesondere durch verunreinigtes Cannabis.
- Kosten durch Beschaffungskriminalität (bei Cannabis eher gering)
- Entgangene Steuereinnahmen:
  - I. direkt durch Verzicht auf Besteuerung der Drogen (durch Verbrauchssteuer ähnlich der Alkohol- oder Kaffeesteuer)
  - II. indirekt durch Steuerausfälle bei Inhaftierten
- Entgangene Einnahmen durch die Illegalisierung von Arbeitsplätzen (Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Einkommensteuer)
- Entgangene Einnahmen und verstärkte Ausgaben durch verhinderte Nutzung in der Medizin und als Rohstoff in der Wirtschaft

Die Höhe der Kosten für Exekutive und Judikative ist unbekannt, allerdings bei ca. 145.000 Cannabis-Delikten pro Jahr in Deutschland als relativ hoch einzuschätzen. Und diese Kosten entstehen, obwohl der Kampf gegen den Cannabis-Konsum so gut wie aussichtslos ist. Der geschätzte Cannabis-Jahresumsatz auf dem deutschen Schwarzmarkt beträgt geschätzt bis zu zwei Milliarden steuerfreie Euro. Wäre der Verkauf legal könnte davon rund die Hälfte, also 1 Milliarde Euro, in Form von Verbrauchssteuern in den öffentlichen Haushalt fließen.

Durch eine Cannabis-Legalierung könnten also oben aufgelistete Kosten wegfallen und sogar durch Einnahmen im Milliarden-Bereich ergänzt werden. Die freiwerdenden Kapazitäten bei Polizei und Justiz könnten außerdem auf die Bekämpfung von tatsächlicher Kriminalität fokussiert werden und ganz nebenbei würde auch noch die Kriminalitätsrate sinken, weil einfache Cannabis-Konsumenten nicht mehr als Kriminelle verfolgt würden. Aus gesamtgesellschaftlicher und volkswirtschaftlicher Sicht spricht also einiges für eine Legalisierung von Cannabis!

## **Cannabis ist Medizin!**

Die Cannabis-Pflanze mit all ihren Wirkstoffen hat ein enormes medizinisches Potential, das schon Menschen vor Jahrtausenden zu nutzen wussten. Älteste Hinweise auf die medizinische Verwendung datieren in das Jahr 2737 vor Christus, in dem der chinesische Kaiser Shen Nung das Harz des Cannabis als Heilmittel bei Beriberi, Verstopfung, Gicht, Malaria, Rheuma und Geistesabwesenheit empfahl, überliefert durch das älteste bekannte Heilpflanzenkompendium „Shennong ben cao jing“. Erst seit ihrer Prohibition kommt der Cannabis-Pflanze diese medizinische Bedeutung nicht mehr zu oder nur in eingeschränktem Rahmen zu.

Nach heutigem Stand der Wissenschaft könnte Cannabis heute bei unterschiedlichsten Krankheitsbildern eingesetzt werden. So hilft es Patient\*innen die an AIDS, Krebs, Spastiken, Migräne, Multipler Sklerose, ADHS, Morbus Crohn, Glaukom (Grüner Star), Asthma, Arthritis, Menstruationsschmerzen, Allergien, Juckreiz, chronischem Schluckauf, Tinnitus, Darmreizungen, Tourette-Syndrom, Fibromyalgie oder Depressionen leiden. Auch bei vielen anderen Krankheiten berichten Patient\*innen von einer Linderung ihrer Beschwerden oder von Nebenwirkungen, die ihre normale Medikation auslöst. Obwohl Cannabis kein „Wundermittel“ ist und bei jedem Patienten anders wirkt, muss zumindest die rechtliche Möglichkeit bestehen, legal an medizinische Cannabis zu gelangen und das zu einem möglichst niedrigen Preis. So wäre es zum Beispiel vorstellbar, dass Patient\*innen ihre Cannabis-Arznei selbstanbauen und dadurch ihren eigenen Geldbeutel aber auch die Krankenkassen enorm entlastet würden.

Gleichzeitig würden mit der Cannabis-Legalisierung auch die Barrieren im wissenschaftlichen Bereich fallen, wodurch das medizinische Potential des Cannabis intensiver und besser erforscht werden könnte. Letztendlich würde also auch hier die gesamte Gesellschaft von einer Cannabis-Freigabe profitieren.

Die Situation, dass Patienten entweder auf ihre Cannabis-Medizin verzichten müssen, die Kosten nicht von der Krankenkasse übernommen werden oder in die Kriminalität gezwungen werden, ist inakzeptabel und durch nichts zu rechtfertigen! Das von der

Bundesregierung für 2016 geplante Gesetz, das den Konsum von Cannabis zur Therapie schwerkranker Patienten auf Kosten der Krankenkassen zulassen soll, geht zwar in die richtige Richtung (die aber schon vor Jahrzehnten hätte gegangen werden müssen!),

aber bei weitem nicht weit genug! Cannabis kann nicht nur schwerkrankte Menschen helfen, sondern auch Menschen mit „weniger schweren“ Krankheiten therapieren. Ihnen diese Medizin wider besseres Wissens bzw. aufgrund von Ideologieverbohrtheit zu verwehren ist beschämend!

## **Unsere Forderungen lauten daher:**

- Auf Grundlage der obigen Ausführungen und aus unserem progressiven,
- wissenschaftlichen und allgemeinpolitischen Anspruch heraus fordern wir als Jusos eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes hin zu einer
- Legalisierung von Cannabis, sowohl für wissenschaftliche, medizinische, wirtschaftliche und private Zwecke!

- Der Apell richtet sich sowohl an die momentane Bundesregierung als auch explizit an unsere Mutterpartei, die SPD. Gerade die SPD muss ihrem progressiven Anspruch gerecht werden und die aktuelle sinnlose und kontraproduktive Drogenpolitik beenden.
- Des Weiteren kämpfen wir für eine ganzheitlich progressive Drogenpolitik, die auch die sukzessive Entkriminalisierung anderer Drogen und eine effektive Drogenprävention sowie Hilfesysteme, unter Vorbehalt der Abwägung und Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse (insbesondere aus der Psychologie, Soziologie, Medizin, Biochemie und Pharmazie), miteinschließt.

## **C2 Ehe für gleichgeschlechtliche Paare sofort**

Wir fordern die sofortige Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare sowie eine schnelle, unbürokratische Möglichkeit aller bisher in eingetragener Lebenspartnerschaft lebenden Menschen, fortan eine Ehe zu führen. Daher begrüßen wir ausdrücklich den Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts, der auch von der Thüringer Landesregierung in den Bundesrat eingebracht wurde.

## **C3 Die Möglichkeit zur freien Wahl des Geburtsortes muss erhalten bleiben**

Die freie Wahl des Geburtsortes darf nicht durch ökonomische Vorgaben und Rentabilität begrenzt werden. Jusos und SPD sollen sich für den Erhalt von Geburtshäusern, einer Neuregelung bei der Berechnung der Haftpflichtversicherung für freiberufliche Hebammen und deren Existenzsicherung einsetzen. Ziel muss es sein, das Überleben der Hebammen und Geburtshäuser zu sichern und mit dem Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) eine Einkunft über die Festsetzung der Haftpflichtprämie zu treffen, die weniger zu Lasten der Versicherten geht und somit die freie Wahl des Geburtsortes für werdende Eltern zusichert.

## **C4 Abschaffung der Bedarfsgemeinschaften**

Wir fordern die Abschaffung von Bedarfsgemeinschaften bei nicht-verheirateten Partner\*innen im Zusammenhang mit der Gewährung von Arbeitslosengeld II.

## **C5 Wahlversprechen umsetzen: Mietpreisbremse endlich einführen!**

Die Jusos Thüringen fordern eine zügige Umsetzung der versprochenen Mietpreisbremse

## **C6 Eine S-Bahn von Gera bis Eisenach**

Die Jusos Thüringen setzen sich für eine Verbindung im S-Bahn-Takt (alle 15-Minuten) entlang der Städtekette Eisenach - Gera ein. Dieser Antrag soll innerhalb der Partei an höhere Gremien weitergereicht werden.

## **C7 Landesförderprogramm für fahrradfreundlichere Städte in Thüringen**

Die Landeskonzferenz möge beschließen, ein Landesförderprogramm für eine fahrradfreundliche Kommune auf den Weg zu bringen. In wachsenden Städten bedarf es einer umweltfreundlichen Verkehrspolitik. Denn eine nicht nachhaltige Planung schadet den Schwächsten und fördert die Verschmutzung der Umwelt. Gerade in großen wachsenden Städten sollten Anreize geschaffen werden, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu minimieren. Durch Förderung wird hier positiv Einfluss genommen auf die kommunale Selbstverwaltung von Städten; es werden Anreize geschaffen um Dinge positiv und aus sich selbst heraus zu verändern, was immer wirksamer ist als ein von außen aufgedrücktes Verbot.

## **C8 Gegen das Innenstadtsterben:**

Die Jusos Thüringen fordern, der Entlebung von Innenstädten mit Gentrifizierungsmethoden entgegenzutreten. Dazu bedarf es eines Innenstadtschutz-Gesetzes auf Bundesebene.

## DEMOKRATIE & PARTIZIPATION

### **D1 Herabsetzung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre bzw. Herabsetzung des passiven Wahlrechts für Bürgermeister\*innen auf 18 Jahre**

Die Jusos Thüringen setzen sich weiter für die Herabsetzung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre ein. Gleichbedeutend muss auch das passive Wahlrecht für Bürgermeister\*innen auf 18 Jahre herabgesetzt werden.

### **D2 Leistungsschutzrecht abschaffen!**

Die Jusos Thüringen setzen sich für eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Leistungsschutzrechtes für Presseverleger ein.

### **D3 Wer hart tagt muss sich auch hart erholen – Neue Feiertage für Thüringen**

Die Jusos Thüringen fordern die Einführung von zwei zusätzlichen Feiertagen nach jeder Landeskonzferenz. Als Namen schlagen wir die „Tage der Erholung vom Kampf gegen das Kapital“ vor.



## E1 **Finanzielle Situation von Beschäftigten in Werkstätten für behinderte Menschen verbessern**

In Thüringen leben etwa 192.000 Menschen mit schweren Behinderungen (Stand 2012).<sup>1 2</sup> Diese Menschen haben ein Recht auf umfassende Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. Die Jusos Thüringen bekennen sich zu der Verantwortung der Sozialdemokratie und der gesamten Gesellschaft, dieses Recht umzusetzen. Der beruflichen Teilhabe in der Gesellschaft kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, denn ohne sie kann gesellschaftliche Teilhabe nicht gelingen. Die Belange der (schwer-)behinderten Menschen müssen endlich in den Fokus der gesamten Arbeitsmarktpolitik rücken und zum Handlungsschwerpunkt aller politischen Akteure werden. Einen Schwerpunkt bei dem umfangreichen Themengebiet stellen die Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM, im weiteren Text Werkstatt bzw. Werkstätten genannt) dar.

Werkstätten bieten Menschen mit Behinderungen, die wegen Art und Schwere ihrer Behinderung nicht, noch nicht oder nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ihre Beschäftigungschancen verwirklichen können, Angebote zur beruflichen Teilhabe. Insoweit sind Werkstätten ein wichtiger ergänzender Baustein, um berufliche Teilhabe für diese Personengruppe zu verwirklichen – dies gerade auch vor dem Hintergrund, dass der allgemeine Arbeitsmarkt mit seinen hohen und zunehmenden Leistungs- und Anpassungsanforderungen an die Beschäftigten sowie seiner insoweit geringen Aufnahmefähigkeit für behinderte Menschen weiter erheblich hinter dem Ziel eines inklusiven Arbeitsmarktes zurückbleibt. Der Zielstellung der beruflichen und gesellschaftlichen Teilhabe steht aber der geringe Verdienst der Werkstattmitarbeiter\_innen im Wege.

Konkret setzen sich die Jusos dafür ein, dass sich die finanzielle Situation der Mitarbeiter\_innen in solchen Einrichtungen verbessert. Nach Angaben der Bundesregierung verdiente ein Werkstattbeschäftigter im Jahr 2011 im sogenannten Arbeitsbereich monatlich durchschnittlich 180 Euro, also 2.160 Euro im Jahr. Das geltende Recht schreibt den Werkstätten vor, mindestens 70 Prozent ihres erwirtschafteten Arbeitsergebnisses als Arbeitsentgelte an die behinderten Beschäftigten auszuzahlen. Danach hätte ein Werkstattbeschäftigter einen finanziellen Jahres-"Überschuss" von 3.085 Euro geschaffen, aus dem das Arbeitsentgelt gezahlt werden kann.

Gemessen am finanziellen Gesamtergebnis der Werkstätten erhalten die Beschäftigten mit rd. 180 Euro monatlich viel, nämlich mindestens 70 Prozent aller insgesamt erwirtschafteten Werte. Im Vergleich zu den Durchschnittseinkommen unselbständig Erwerbstätiger dagegen - rd. 2.400 Euro netto monatlich - ist das Monatseinkommen der Werkstattbeschäftigten erbärmlich. Es ist deshalb erforderlich, die öffentlich finanzierten Zuwendungen auf ein Existenzminimum anzuheben.

Deshalb setzen sich die Jusos Thüringen für ein existenzsicherndes Arbeitsförderungsentgelt auf diesem Niveau ein. Das steuerliche Existenzminimum liegt 2015 bei 8.472 Euro im Jahr, also bei rund 706 Euro monatlich (Ab 2016 8.652,00 €/Jahr, 721,00 €/Monat). Knapp ein Viertel davon erwirtschaften die Werkstattbeschäftigten aus eigener Kraft, den Rest muss die öffentliche Hand bereitstellen.

## E2 **Wie können wir Arbeitnehmer künftig besser schützen?**

Das Internet verändert nicht nur unsere Gesellschaft, sondern auch unsere Arbeitswelt. War es früher Usus, dass ein heruntergefahrener Rechner auch ein Ende des Arbeitstages bedeutete, sinkt die Hemmschwelle auch über den Feierabend hinaus gehend, von zuhause aus noch Emails zu beantworten oder am Wochenende Geschäftsanrufe zu tätigen. Insbesondere bei sogenannten Internetberufen lässt sich mittlerweile Arbeit und Freizeit nur noch schwer trennen.

92% der Arbeitsplätze der Medien- und Kulturbranche sind mittlerweile digital ausgestattet. In Energieunternehmen sind es beispielsweise 82% und im Handel sind es 71% der Arbeitsplätze. Auch die Industrie, bedenkt man die Vorhaben in der sogenannten Industrie 4.0 – zeigt ansteigende Tendenzen. Die zunehmende Globalisierung einiger Unternehmen unterstützt zusätzlich einerseits die Forderung nach stärkerer Digitalisierung, aber auch einer ständigen Erreichbarkeit jedes Einzelnen.

Grundsätzlich ist die Digitalisierung der Arbeitswelt positiv zu bewerten. So ermöglicht sie neue Formen der Arbeitsteilung, neue Geschäftsmodelle oder auch eine unabhängig von Zeit und Ort erledigte Arbeit. Gleichzeitig nehmen aber auch die Gefahren für jeden einzelnen Arbeitnehmer zu. Steigende „Burn-Out Quoten“ beweisen beispielsweise die enormen psychischen Gefahren die mittlerweile auf die Arbeitnehmer in diesen Branchen lasten.

Insbesondere auch vor Thüringen wird die Digitalisierung keinen Halt machen und einen großen Teil der Wirtschaft und Arbeitnehmer treffen. Wenn man allerdings bedenkt, wie schwierig und gegen welchen Widerstand ein Bildungsfreistellungsgesetz durchzusetzen war, kann davon ausgegangen werden, dass entsprechende Leitlinien für eine Gute Arbeit in der digitalen Arbeitswelt ebenfalls auf Widerstand treffen werden.

Wir fordern deshalb:

- ein Recht auf nicht Erreichbarkeit
- Minimierung der Fehlbelastung
- Erhöhung der Bildungsinvestitionen im digitalen Bereich
- Einen gesellschaftlichen Diskurs über die Gefahren der digitalen Arbeitswelt

## E3 **Berufsschulnetzplan – der ländliche Raum blutet aus?!**

Wir, die Juso SchülerInnen- und Abzubildenden Thüringen fordern einen Berufsschulnetzplan, der für eine ausgeglichene Verteilung der Berufsschulen im Freistaat Thüringen sorgt und eine Konzentrierung an der A4 vermeidet. Wir sind der Meinung, dass Berufsschulstandorte auch im ländlichen Raum wichtig sind!

## E4 **Rechtsbeistand für Handwerker\*innen**

Die Landeskonferenz möge beschließen, dass die Handwerkskammer fortan den Rechtsbeistand für Handwerker\*innen übernehmen soll.

## FINANZEN

### F1 **Thüringen darf nicht kaputtgespart werden – Nein zur Schuldenbremse**

2009 billigte sowohl der Bundesrat als auch der Bundestag mit einer zweidrittel Mehrheit die Einführung der Schuldenbremse. Damit sollte erreicht werden, dass die öffentlichen Haushalte ohne strukturelles Defizit finanziert sind. Derzeit gelten noch Übergangsregelungen, die ab 2020 für die Länder zwingend sind. Das heißt Schulden sind ab dem Jahr 2020 den Ländern generell untersagt.

In Thüringen haben wir derzeit die Situation, dass wir erstmalig in der Geschichte nicht nur keine Neuverschuldung haben, sondern gar einen Schuldenrückgang verzeichnen können. Dass sich unser SPD-geführtes Finanzministerium darum bemüht die Schuldenbremse einzuhalten und zudem bereits mit dem Abbau der Schulden beginnt begrüßen wir sehr.

Allerdings lehnen wir generell eine Schuldenbremse ab, da sie in keiner Weise konjunkturelle Schwankungen berücksichtigt, und fordern die SPD-Thüringen dazu auf gegen diese zu kämpfen. Bei 18 Milliarden Euro Schulden und einer jährlich variierenden Zahl die zur Schuldentilgung genutzt wird, ist es Absurd zu glauben, dass wir in den nächsten Jahren unsere Schulden abtragen könnten. Wenn zudem öffentliche Gelder gestrichen werden, kaum neue Stellen in der Sicherheit und Ausbildung ausgegeben wird, um neue Stellen zu schaffen, leuchtet es nicht ein, weiterhin ein Instrument zu nutzen, das faktisch kaum wirksam ist und wird. Mit einer Schuldenbremse verarmen nicht nur die Kommunen und das Land. Vielmehr machen wir uns schuldig unseren nachfolgenden Generationen gegenüber.

Stattdessen fordern wir ein Modell, das bereits vor einiger Zeit in NRW diskutiert wurde. Soziale Prävention würde, wie eine vielbeachtete „Prognos Studie“ aus dem Jahr 2011 zeigt, die sozialen Folgekosten durch Investitionen im sozialen und gesundheitlichen Bereich zu minimieren. Die Studie bewies, dass durch eine frühe und wirksame Intervention im Kindes- und Jugendalter die jährlichen hohen Kosten reduziert werden könnten. Beachtet man die demographische Entwicklung in Thüringen macht dies Sinn. Auch im Bereich Bildung konnte bewiesen werden, dass unzureichende Bildung immens hohe Folgekosten mit sich ziehen.

Die Jusos Thüringen fordern deshalb:

- ein Nein zur Schuldenbremse
- Investitionen ins Sozial- und Jugendpolitik
- Ein klares Bekenntnis zu unseren nachfolgenden Generationen

### F2 **Länderfinanzausgleich neu ordnen**

Die Jusos unterstützen die Idee, für die anstehenden Verhandlungen um die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs fiktive maximal mögliche Steuereinnahmen der Geberländer als Grundlage zu nehmen.

## GRENZENLOS

### **G1 Die Zeit ist jetzt für Solidarität mit Geflüchteten! Refugees welcome – all of you!**

Die Welt ist aktuell voller Krisen, Kriege und Konflikte. Der sog. „Islamische Staat“ zieht mordend durch Syrien, Libyen und den Irak. Im repressiven System Eritreas werden Menschenrechte massiv unterdrückt, aus heiterem Himmel können willkürliche Verhaftungen und Ermordungen beinahe jede\*n treffen. Auf dem Balkan sind manche Minderheiten, besonders Rom\*nja und Sinti\*ze, von rassistischer Verfolgung betroffen und/oder sehen sich mit Umständen konfrontiert, die ihnen das Leben in manchen Balkanstaaten unerträglich macht. Wieder in anderen Ländern haben die Nachwirkungen des Kolonialismus, Krieg, korrupte und desolate Staaten, jahrhundertelange Ausbeutung, Milizen oder Hunger- und Naturkatastrophen ein menschenwürdiges Dasein unmöglich gemacht.

All diese Umstände führen dazu, dass aktuell immer mehr Menschen in Europa und gerade auch in Deutschland Zuflucht und ein sicheres Leben suchen. Für uns steht fest: Wer aus solch unerträglichen Umständen nach Deutschland flieht, verdient unsere Unterstützung und Solidarität. Wir fordern dabei, die vielfältigen Fluchtgründe als legitim anzuerkennen. Wer aus seiner\*ihrer Heimat flieht und dabei alles zurücklässt, was er\*sie hat, hat dafür legitime Gründe. Die Scheindebatte um die Differenzierung von berechtigter Flucht aus Kriegsgebieten und angeblich illegitimer Einreise von „Wirtschaftsflüchtlingen“ ist nicht nur zynisch, sie stellt grundlegend das allgemeine und gleiche Grundrecht auf Asyl in Frage. Wir lehnen diese Differenzierung ab und sagen: Refugees welcome – all of you!

#### **Art. 1 Abs. 1 S. 1 GG: Die Würde des Menschen ist unantastbar.**

Die Unterbringung der Menschen, die zu uns flüchten, stellt die Kommunen vor unterschiedliche, wenngleich flächendeckend hohe Herausforderungen. Die Sorgen der Kommunen nehmen wir ernst. Jedoch können wir die daraus folgende Forderung mancher Landrät\*innen und Oberbürgermeister\*innen nach schnelleren Abschiebungen und einer niedrigeren Aufnahmebereitschaft statt nach echter Verteilungsgerechtigkeit und einer deutlich stärkeren finanziellen Beteiligung des Bundes nicht nachvollziehen. Fest steht: Viele Städte und Gemeinden in Thüringen sind von Abwanderung und demographischem Wandel betroffen, hier gibt es viele leerstehende Wohnungen und Häuser – und zwar nicht nur in abgelegenen Dörfern.

Fest steht auch: egal wo Geflüchtete untergebracht sind, müssen gewisse Mindestanforderungen gelten. Die Bereitstellung von separaten Wohnungen oder Wohngemeinschaften, die ein gewisses Maß an Privatsphäre und Rückzugsmöglichkeiten schaffen, sind dabei unabdingbar. Außerdem zählt u.a. dazu, dass Geflüchtete innerhalb eines Wohngebietes untergebracht und nicht an den Stadtrand oder ins Gewerbegebiet

abgeschoben werden. Es muss einen funktionierenden Nahverkehr und eine Nahversorgung geben, damit eine gesellschaftliche Partizipation möglich ist. Gleichzeitig muss die Kommune Konzepte entwickeln um eine Annäherung und Verständigung zwischen Geflüchteten und einheimischer Bevölkerung herzustellen.

Die Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge wird Thüringen in Zukunft vor eine weitere Herausforderung stellen. Wurden diese bisher nur dort untergebracht, wo sie zuerst aufgegriffen wurden (meist München, Bremen oder Hamburg), sollen Sie in Zukunft über die gesamte Bundesrepublik verteilt werden. Wir sprechen uns dafür aus, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nicht in den Erstaufnahmereinrichtungen des Landes unterzubringen, sondern sofort auf die Kommunen zu verteilen. Flucht und Vertreibung hinterlassen Spuren, insbesondere bei Minderjährigen. Deshalb muss es zwingend eine intensive sozialpädagogische sowie ggf. traumatherapeutische Einzelbetreuung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge geben. Aus diesem Grund sprechen wir uns dafür aus, sie in den stationären Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen unterzubringen, wo bereits pädagogisch geschultes Personal vorhanden ist. Die Einrichtungen müssen dabei dem Alter und jeweiligem Selbstständigkeitsgrad der Jugendlichen angemessen sein. Das Personal muss darüber hinaus aufgestockt sowie kontinuierlich weitergebildet werden, um eine pädagogisch hochwertige Betreuung dieser speziellen Zielgruppe sicherzustellen. Außerdem bedarf es zusätzlicher Traumatherapeut\*innen und Dolmetscher\*innen in den Einrichtungen.

### **Art. 1 Abs. 1 S. 2 GG: Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.**

Die Zustände in den Landesaufnahmeeinrichtungen in Eisenberg und Suhl sind unerträglich. Dies ist zum Teil Resultat des Erbes vergangener Regierungen, die es trotz eindeutigen Prognosen versäumt haben, ausreichend Kapazitäten zu schaffen, andererseits entlässt dies rot-rot-grün aber nicht aus der Verantwortung, nun unverzüglich humane Standards und eine ordentliche Infrastruktur in den Einrichtungen sicherzustellen. Die Jusos Thüringen begrüßen in diesem Zusammenhang die schnelle Erschließung weiterer Objekte in Thüringen und den von der Landesregierung dabei gepflegten Dialog mit den Bürger\*innen vor Ort. Andererseits sind wir aber irritiert darüber, dass in Suhl ein Zaun um die Geflüchteten gebaut wird. Zwar dient er laut dem offiziellen Sprachgebrauch dem Schutz der Bewohner \*innen der Einrichtung, gleichzeitig spricht die Thüringer Allgemeine unter Verweis auf den Chef des Landesverwaltungsamtes aber davon, dass damit vermeintliche Ladendiebstähle in der Umgebung reduziert werden sollen.

Wir sind schockiert über die Rolle dieses Behördenleiters, der SPD-Minister\*innen und des SPD-Landesvorstands in der Asyldebatte. Statt eines eindeutigen Bekenntnisses zum Grundrecht auf Asyl, wie es auch aus der SPD-Landtagsfraktion zu hören ist, müssen wir aus den Medien zur Kenntnis nehmen, dass der SPD-Landesvorsitzende den Winterabschiebestopp vollkommen ohne Anlass in Frage stellt, eine Ausweitung der Liste sicherere Herkunftsländer und schnellere Abschiebungen fordert und sogar so weit geht, eine Aussetzung der Schulpflicht für asylsuchende Kinder und damit faktisch die Abschaffung ihres Rechts auf Bildung vorzuschlagen. In der braunen Mitte der deutschen Gesellschaft gibt es für die SPD nichts zu gewinnen. Statt Fremdenhass und Wutbürger\*innen hinterherzulaufen, sollten wir als Sozialdemokrat\*innen – auch mit Blick auf die eigene Geschichte –

uneingeschränkt solidarisch mit allen Geflüchteten sein und dem vermeintlichen Volkszorn nicht nachgeben.

Die Idee einer nach Ethnien getrennten Unterbringung oder der Selektion von Geflüchteten aus vermeintlich sicheren Herkunftsländern lehnen wir strikt ab. Die zynische Unterscheidung zwischen Kriegs- und sog. Wirtschaftsgeflüchteten verkennt, dass rund ein Drittel der Geflüchteten aus vermeintlich sicheren Herkunftsländern Rom\*nja und Sinti\*ze sind. Sie sind in ihren Herkunftsländern einer brutalen Diskriminierung ausgesetzt. Sie haben keinen Zugang zum Arbeitsmarkt, adäquatem Wohnraum oder Gesundheitsversorgung. Nicht selten werden ihnen selbst lebensnotwendige Maßnahmen in Krankenhäusern verwehrt. Sie werden an den Rand der Siedlungen verdrängt und sind systematischer Gewalt durch staatliche Institutionen und weiße Rassist\*innen ausgesetzt. Für manche geht es um nicht weniger als das blanke Überleben. Unter Berücksichtigung dieser Realität ist die Anerkennungsquote bei Asylanträgen aus Balkanländern in Frankreich, Italien und selbst Großbritannien beispielsweise wesentlich höher. Es ist für uns unfassbar, dass 70 Jahre nach dem Ende der KZs völlig geschichtsvergessen wieder über Sammellager für Rom\*nja und Sinti\*ze nachgedacht wird.

Auch viele Frauen\* fliehen vom Westbalkan nach Europa, die Zuhause von massiver häuslicher und/oder sexueller Gewalt betroffen sind.<sup>1</sup> Länder wie Albanien, wo Frauen kaum reelle Rechte haben, wo häusliche Gewalt erst seit drei Jahren überhaupt eine Straftat ist, aber für die (meist männlichen) Täter so gut wie nie Konsequenzen hat, wo Zwangsehen und die erzwungene Abtreibung weiblicher Föten an der Tagesordnung sind, wo Selbstjustiz und Blutrache häufige Antworten auf das Aufgebehren von Frauen sind, diese Länder sollen aus deutscher Sicht zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden. Nicht nur hier sehen wir, dass auch in der Asyldebatte die Rechte mancher stärker im Vordergrund stehen als die anderer.

Dies sind nur zwei Beispiele, die zeigen, dass der Begriff des „sicheren Herkunftslandes“ ein willkürlicher gewählter ist, der je nach politischer Wetterlage missbraucht wird. Für uns steht fest: Das Asylrecht ist ein individuelles Recht. Jede\*r muss daher auch das Recht auf eine individuelle Prüfung haben. Eine Liste vermeintlich sicherer Herkunftsländer steht dem fundamental entgegen und dient nur der Verschleierung des eigentlichen Ziels, nämlich dass man sich mit manchen Fluchtschicksalen nicht auseinandersetzen und die Geflüchtetenzahlen begrenzen will. Wir lehnen daher jede Kategorisierungen dieser Art ab und sprechen uns für ein individuelles Grundrecht auf Asyl für alle aus.

Jedoch gibt es auch Lichtschimmer: Wir begrüßen, dass das Land Thüringen bei seiner Abschiebepaxis bisher Rücksicht auf Hinderungsgründe genommen und begriffen hat, dass das Instrument der Abschiebung ein teures und ineffizientes ist. Wir rufen die Landesregierung auf, an dieser Praxis festzuhalten. Wir werden diesbezüglich die Entwicklung kritisch begleiten, die durch die angekündigten schnelleren Verfahren und mehr Kompetenzen bei den Kommunen in der Frage von Abschiebungen ihren Lauf nehmen, wie sie die Minister Lauinger und Poppenhäger Ende August 2015 angekündigt haben.<sup>2</sup> Kommunen, die ohne Rücksicht auf Härtefälle abschieben, werden unsere schärfste Kritik erfahren.

---

<sup>1</sup> <http://www.zeit.de/2015/33/fluechtling-balkan-frauen-gewalt>

<sup>2</sup> <http://www.thueringen.de/th3/tmik/aktuell/presse/85850/index.aspx>

Entschieden sprechen wir uns auch gegen die zur Debatte stehenden Abschiebungen ohne Ankündigungen und gegen Abschiebungen zu jeder beliebigen Tages- und Nachtzeit aus. Dass Menschen ohne Vorankündigung nachts abgeholt und zu Zügen oder Flugzeugen gebracht werden, löst schlimme Bilder im Kopf aus und ist ein völlig unangemessenes Mittel. Wir Jusos lehnen das Instrument der Abschiebungen generell ab. Wo wir die Mandatsträger\*innen nicht hiervon überzeugen können, werden wir wenigstens gegen deren schlimmste Auswüchse kämpfen.

Generell gilt für uns der Grundsatz, den auch das Grundgesetz festgeschrieben hat: Die Menschenwürde zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt! Dies bedeutet, dass wir von allen Abgeordnete in Parlamenten, Minister\*innen, Leiter\*innen und Beschäftigten von Behörden, Politzist\*innen und allen anderen staatlichen Akteur\*innen erwarten, dass sie sich deutlich zum Grundrecht auf Asyl bekennen und nicht rassistische Ressentiments oder die Anforderungen von Wutbürger\*innen bedienen! Und gerade von den Genoss\*innen der SPD, die Parlamentsmandate begleiten oder Landratsämtern oder Rathäusern vorstehen, erwarte wir, dass sie Rassismus und Sozialchauvinismus eine Absage erteilen und ganz deutlich sagen: Refugees welcome!

**Art. 1 Abs. 2 GG: Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder staatlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.**

Vielerorts ist auch zu hören, wir könnten „doch nicht alle bei uns aufnehmen“ und „das Boot sei voll“. Dabei ist der Anteil der Geflüchteten, der nach Deutschland kommt, im Vergleich zu den 60 Millionen Menschen, die weltweit auf der Flucht sind, geradezu verschwindend. Während im Libanon 257 Flüchtlinge pro 1000 Einwohner\*innen, in Jordanien 114, im Tschad 39 und im Südsudan 24 Zuflucht gesucht haben, sind es in Deutschland gerade mal 2.

Auch einige europäische Länder nehmen bedeutend mehr Flüchtlinge gemessen an der Einwohner\*innenzahl auf als Deutschland, z.B. Malta, Schweden, die Türkei, Norwegen, die Schweiz, Österreich, die Niederlande, Frankreich oder Belgien. Auch wenn die Prognosen der Flüchtlinge, die wahrscheinlich bis Ende 2015 noch in Deutschland Asyl suchen werden, auf 800.000 Menschen nach oben korrigiert worden ist, so ist das kein „Flüchtlingsstrom“, Menschen sind keine Naturkatastrophe! Stattdessen ist es eine mehr als leistbare Herausforderung für eines der reichsten Länder der Welt, das es 1945 in vollkommen zerstörtem Zustand sogar schaffte, 15 Millionen sog. Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten aufzunehmen und zu integrieren.

Auch in Thüringen kommen immer mehr Flüchtlinge an. Nach einer im August 2015 veröffentlichten Prognose des Bundesinnenministeriums werden dieses Jahr 22.000 Menschen im Freistaat Asyl suchen. Das Land könnte sich – möchte man das Ganze volkswirtschaftlich denken – angesichts des Fachkräftemangels glücklich schätzen. Auch die Städte und Gemeinden, die über die gestiegenen Einwohner\*innenzahlen von höheren Schlüsselzuweisungen profitieren, sollten nicht nur über die Kosten reden, die entstehen, sondern auch über die Mittel, die sie damit generieren.

In Thüringen fehlen bis 2025 rund 280.000 Arbeitskräfte.<sup>3</sup> Anders ausgedrückt bedeutet dies: In Thüringen werden mittelfristig 28 % der benötigten Arbeitskräfte fehlen und damit ein wirtschaftlicher Schaden von ca. 10.000.000.000 € entstehen.<sup>4</sup> Darüber hinaus wissen wir, dass Renten- und Pflegeversicherung dringend auf neue junge Beitragszahler\*innen angewiesen sind. Bereits heute zahlen in Deutschland im Verhältnis nur noch zwei Beitragszahlende pro Renter\*in in die gesetzliche Rentenversicherung ein, im Jahr 2050 werden es sogar nur noch 1,54 sein.<sup>5</sup> Angesichts solcher Prognosen, sollten Deutschland und Thüringen dankbar und offen für jede\*n sein, der\*die hier leben und arbeiten möchte und alles daran setzen, diese Menschen so schnell wie möglich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir begrüßen die ersten Modellprojekte von IHK und Handwerkskammern in Thüringen, die genau dies umsetzen wollen. Darüber hinaus fordern wir die Hochschulen auf, sich für Geflüchtete, die in ihren Heimatländern studiert oder eine Hochschulreife erworben haben zu öffnen und niedrigschwellige bilinguale Angebote zu schaffen. Der steigende Bedarf an Arbeitskräften zeigt aber auch, dass der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt und damit zum Leben in Deutschland dringend vereinfacht werden muss, ein Einwanderungsgesetz kann hier ein gangbarer Weg sein. Gleichzeitig steht für uns aber auch fest, dass damit keine Einschränkung des Grundrechts auf Asyl einhergehen darf.

Wir sind uns als Jusos bewusst, dass eine solch verwertungs-kapitalistische Betrachtungsweise problematisch ist, denken aber auch, dass sie dringend in die öffentliche Debatte eingebracht werden muss, um die Notwendigkeit von Zuwanderung auch in der „Mitte“ der Gesellschaft zu verdeutlichen.

Besonders darf es aber nie die einzige Begründung sein, warum Schutzsuchende das Recht haben sollten, hier zu leben. Egal, ob eine Person ihre Heimat verlassen muss, weil dort Hunger, Krieg oder Verfolgung herrscht, weil sie unterdrückt wird, ihre Minderheitenrechte nicht anerkannt werden, sie wegen ihres Geschlechts in ständiger Angst leben muss, oder weil das Leben dort einfach perspektiv- und aussichtslos erscheint, all diese Gründe erkennen wir als legitime Fluchtgründe an – unabhängig von Alter und beruflicher Qualifikation.

Geradezu absurd erscheinen in dieser Betrachtungsweise die Lügen, die Wut, der Hass, die Mordandrohungen und versuchten Morde in Form von Brandanschlägen auf Asylbewerber\*innenunterkünfte, mit denen Geflüchtete aktuell in Deutschland und Thüringen konfrontiert werden. Die Begründungen hier sind meist scheinheilig, auf falschen Annahmen aufgebaut und rasch widerlegbar. Es ist also nicht nötig, diese hier zu reproduzieren. Lediglich eines sei an dieser Stelle gesagt: Gerade nach dem Konflikt in der Erstaufnahmestelle in Suhl im Sommer 2015, deren Ausgangspunkt ein religiöser Streit war, wurde von besorgten Bürger\*innen häufig vorgebracht, Asylbewerber\*innen müssten sich an das Grundgesetz halten, sonst müsse direkt eine Abschiebung folgen. Die Anmaßung, man selbst würde sich besser verhalten, und dann auch noch unter solch widrigen Unterbringungsbedingungen wie in der Erstaufnahmestelle in Suhl, mit Arbeitsverbot und ohne soziale Betreuung, ist sowieso nicht nachzuvollziehen. Ein Blick auf jede Dorfkirmes reicht, um dies zu widerlegen.

---

<sup>3</sup> <http://www.thueringen.de/th6/tmwwdg/service/pressemitteilungen/76496/index.aspx>

<sup>4</sup> <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/duestere-prognose-deutschland-droht-enormer-arbeitskraeftemangel-1.2499007>

<sup>5</sup> <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-03/erwerbssalter-rentner-verhaeltnis>



Den Verweis auf das Grundgesetz teilen wir jedoch und fordern, die deutsche Bevölkerung möge sich endlich zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder staatlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt bekennen!

Uns ist aber auch bewusst, dass in den Herkunftsländern der Geflüchteten manchmal patriarchalische und undemokratische Gesellschaftsstrukturen vorherrschen. Teil einer humanitären Asylpolitik muss es daher auch immer sein, Menschen die zu uns kommen, im Hinblick auf Gleichstellung und Antidiskriminierung zu sensibilisieren. Dabei braucht es aber nicht den erhobenen deutschen Zeigefinger, sondern fundierte pädagogische Konzepte, die auf Augenhöhe arbeiten.

Das Bekenntnis zu unveräußerlichen Menschenrechten umfasst, jede\*n Geflüchtete\*n mit Respekt entgegenzutreten, Respekt vor fremden Kulturen, Gebräuchen und öffentlichem Auftreten, sowie ein sensibler Umgang damit. Wir fordern eine echte Willkommenskultur – nicht nur von Seiten der Politik, sondern auch von Seiten der Bevölkerung. Unser Dank und unser Respekt gilt dabei denjenigen, die sich bereits jetzt in Initiativen und Verbänden für Zufluchtsuchende einsetzen, die als Sozialarbeiter\*innen, Feuerwehrleute, Mediziner\*innen, Therapeut\*innen, Lehrer\*innen, Dolmetscher\*innen sowie anderweitig engagierte ehrenamtliche Helfer\*innen ihre Kompetenzen und ihre Arbeit einsetzen, um Geflüchtete hier zu unterstützen. Diese Menschen wollen wir zum Vorbild nehmen und appellieren an alle Menschen, die Kapazitäten an Zeit, Wissen, Geld oder sonstigen Ressourcen haben, es ihnen gleichzutun.

Gleichzeitig erleben wir, dass viele Menschen gerne Unterstützung leisten wollen, aber nicht wissen wie. Hier bedarf es eines Ehrenamtlichenmanagements von kommunaler Seite. Vielfältige Unterstützungsmöglichkeiten vor Ort müssen zentral zusammengetragen und sowohl im Internet als auch in den regionalen Tageszeitungen veröffentlicht werden. Mindestens ein\*e Ehrenamtlichenmanager\*in der Kreisverwaltung bzw. Stadtverwaltung kreisfreier Städte oder bei einem von diesen beauftragten Träger (wie der AWO, einem Migrationszentrum etc.) müssen hier als Ansprechpartner\*in fungieren und die Unterstützungsangebote an die richtige Stelle leiten. Wichtigster Gedanke in der ehrenamtlichen Arbeit mit Geflüchteten muss aber immer sein, „Was wollen die Betroffenen?“. Geflüchtete sind keine Kinder, die bespaßt werden müssen oder die man bevormunden kann. Angebote, die sich an sie richten, sollten niedrigschwellig und partizipativ aufgebaut sein, damit die Teilnehmenden eigene Wünsche und Vorstellungen artikulieren und einbringen können.

Beschämt und erschrocken sind wir von neofaschistischen Aufmärschen vor Asylberwerber\*innenunterkünften. Wie Anfang der 90'ger Jahre folgen vermeintlich unpolitische Anwohner\*innen der Speerspitze von Neonazis und machen sich wissentlich und willentlich mit ihnen gemein. Mit Blick auf die Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung und den Thüringen Monitor kann uns dieses rassistische Gewaltpotential und die Breite der Bevölkerung, die es trägt, nicht überraschen. Betroffen macht es trotzdem.

Besonders perfide ist es, wenn Neonazis wie Andreas Niebling in Gerstungen oder Phillip Schilling in Suhl den Medien Interviews als vermeintliche betroffene Bürger geben, Fakten zu ihren rassistischen Gunsten verdrehen und aus dem Zusammenhang reißen können. Obwohl bereits einfache Recherchen in sozialen Netzwerken reichen um beide zu entlarven, gehen ihnen Journalist\*innen auf den Leim und helfen ihnen damit mittelbar, die Stimmungslage in der Bevölkerung zu eskalieren. Aber auch ohne solche Fälle schüren Medien den

Fremdenhass in Thüringen kräftig mit. Der\*die berüchtigte „Südländer\*in“ findet nach wie vor oft den Weg in Personenbeschreibungen und Artikel zu Asyl werden ohne Hintergrundinformation oder Einordnung von Zahlen und Fakten veröffentlicht. Wer sich in sozialen Netzwerken oder auf den jeweiligen Websites in die Kommentarspalten wagt, sieht sich einer Flut von rassistischen und sozialchauvinistischen Kommentaren gegenüber, die kaum bis gar nicht moderiert werden.

Die Presse ist frei. Es wäre daher unangebracht, nach gesetzlichen Reaktionen auf diese Phänomene zu rufen. Jedoch appellieren wir an alle Medienvertreter\*innen zu einem kritischeren, bewussteren Umgang mit ihrer Berichterstattung in dieser Debatte.

### **Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG: Jeder hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit.**

Wir Jusos glauben, dass jeder Mensch die gleichen Chancen verdient, sein\*ihre Leben zu gestalten. Dazu gehört an einer der ersten Stellen auch der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung. Das gilt vollumfänglich auch für Geflüchtete, die aufgrund von Krieg, Folter, Flucht und extremer Armut manchmal schon mit körperlichen oder seelischen Krankheiten in Deutschland ankommen. Wieder andere fliehen aus ihrer Stadt oder ihrem Dorf, weil sie dort nicht oder nicht ausreichend behandelt werden. Das betrifft nicht selten Rom\*nja und Sinti\*ze, denen z.B. in manchen Balkanländern ausreichende medizinische Versorgung aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit verweigert wird. In Deutschland erhalten Geflüchtete aber nur eine mangelhafte gesundheitliche Versorgung, die sich im Asylbewerberleistungsgesetz begründet, wonach Asylbewerber\*innen über die Sozialhilfeverwaltung krankenversichert sind. Die Kosten für eine medizinische Behandlung werden nur bei einer eindeutigen Notversorgung geleistet, worüber im Regelfall Verwaltungsangestellte und keine Mediziner\*innen entscheiden. Pro Asyl e.V. berichtete schon mehrfach von den Todesfolgen, die dies für Betroffene haben kann.<sup>6</sup>

Wir fordern daher eine Gesundheitskarte für alle Asylsuchenden, wie sie bereits in Bremen und Hamburg existiert. Dies ermöglicht es Geflüchteten, eine\*n Ärzt\*in aufzusuchen, ohne die Behandlung vorher beim Sozialamt beantragen zu müssen. Die Kosten hierfür trägt die öffentliche Hand, die wiederum aber Sachbearbeiter\*innenkapazitäten, welche sich endlich ihrem eigentlichen Job widmen können, einspart. Auch sind häufig die Folgekosten für OPs etc. bei nicht rechtzeitig behandelten Krankheiten viel höher als die angemessene Behandlung beim Beginn von Beschwerden. Vor allem aber ist die Forderung nach einer Gesundheitskarte auch in Thüringen keine ökonomische, sondern eine Frage von Humanität.

### **Art. 3 Abs. 3 S. 3 GG: Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse [sic!], seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen und politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.**

Alle Menschen sind gleich und haben von Geburt an die gleichen Rechte. Nur ihre Lebenschancen sind unterschiedlich. Sie werden begünstigt oder behindert von Systemen wie dem Kapitalismus, dem Patriarchat, von Rassismus und Klassismus, von verschiedensten menschenverachtenden Einstellungen und ganz besonders von Nationalstaaten. Zwar

---

<sup>6</sup>[http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/gesetzlich\\_verordnete\\_lebensgefahr\\_das\\_deutsche\\_asylbewerberleistungsgesetz/?cHash=13aad2f05f3b8c4a3cc3784ea8734844&no\\_cache=1&sword\\_list%5B0%5D=gesundheitskarte](http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/gesetzlich_verordnete_lebensgefahr_das_deutsche_asylbewerberleistungsgesetz/?cHash=13aad2f05f3b8c4a3cc3784ea8734844&no_cache=1&sword_list%5B0%5D=gesundheitskarte)

schreibt das Grundgesetz fest, niemand dürfe wegen seiner\*ihre Herkunft oder Abstammung benachteiligt oder bevorzugt werden. De facto ist aber genau das erst die Grundvoraussetzung für das Funktionieren von Nationalstaaten, nämlich die Möglichkeit über das fiktive Instrument der Staatsbürgerschaft manchen Menschen das Recht zuzugestehen, hier in Deutschland leben zu dürfen und manchen nicht. Der umgekehrte Fall „funktioniert“ übrigens selten. Mit einem deutschen (oder schwedischen oder britischen) Pass kann man fast in jedes Land der Welt reisen. Nach Europa lassen wir nur wenige. Dies ist begründet in der Funktionsweise unserer Weltwirtschaft und den Ursachen für unseren Wohlstand. Die deutsche Industrie im Besonderen lebt entscheidend vom Export der eigenen Produkte bei gleichzeitigem billigem Import von Rohstoff. Unseren Wohlstand gibt es nur, weil andere in Armut leben, weil der Kapitalismus auf Ausbeutung von Menschen und Ressourcen beruht. Dass sich Millionen von Menschen nach einem besseren Leben sehnen, ist logische Konsequenz aus diesem globalen Ungleichgewicht. Dass sie dieses Leben u.a. in Europa suchen, wo von ihrer Armut profitiert wird, nur verständlich. Und Europa wehrt sich, diese Menschen aufzunehmen, weil es Angst um den eigenen Wohlstand hat und weil es zu verstehen beginnt, dass wir Teile unseres geklauten Wohlstands in eben jene Länder investieren müssten, aus denen jetzt die Menschen zu uns fliehen. Die aktuelle politische Auseinandersetzung ist darum nicht nur die Frage um das Recht auf Asyl, sondern auch eine Systemfrage des Kapitalismus. Hier geht es auch darum, diese Zusammenhänge deutlich zu machen und sich für eine gerechte Weltwirtschaft und mehr Verteilungsgerechtigkeit weltweit einzusetzen. Auch in diesem Bewusstsein bleiben wir Jusos bei unserer langjährigen Forderung auf ein globales Recht auf Migration. Alle Menschen sind gleich. Alle Menschen sollten die gleichen Voraussetzungen zum Leben haben. Daher müssen auch alle selbst entscheiden können, wo sie leben wollen. Niemand hat ein angeborenes Recht auf mehr Wohlstand, mehr Sicherheit, mehr Zufriedenheit als ein\*e andere\*r. Ein globales Recht auf Migration ist daher nicht nur ein Menschenrecht, es ist auch der realistischste Schritt, das aktuelle Weltwirtschaftssystem ins Wanken zu bringen, endlich gleiche Lebensverhältnisse weltweit zu erreichen und der weltweiten Ausbeutung ein Ende zu setzen. Überall dort, wo Geflüchteten Unrecht geschieht oder geholfen werden kann, sind wir Jusos aufgefordert zu unterstützen und sich konsequent gegen Fremdenhass und Vorbehalte einzusetzen. Dazu gehört die Unterstützung örtlicher Initiativen oder ggf. die Gründung neuer Initiative. Aus unserem politischen Anspruch muss die sozialistische Tat erwachsen.

## **G2 Dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen stärken**

Die Jusos Thüringen setzen sich weiter für eine dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge in menschenwürdigen Verhältnissen ein. Diese Unterkunftsform muss von der Landesregierung und den zuständigen Kommunen gefördert und priorisiert werden.

## **G3 Keine Benachteiligung von Azubis mit Migrationshintergrund!**

Wir fordern den Landesvorstand der Jusos Thüringen auf, sich im Vorstand der SPD Thüringen, in der SPD Landtagsfraktion und im Landesausschuss für Berufsbildung (LAB) Thüringens für eine Änderung der allgemeinen Prüfungsordnung, dahingehend einzusetzen, dass in den Zwischen- oder Abschlussprüfungen die Aufgaben- und Fragestellungen in leichter und verständlicher Sprache verfasst

und in einer den sprachlichen Voraussetzungen angemesseneren Zeit zur Erledigung der einzelnen Prüfungsabschnitte geändert wird. Weiterhin fordern wir verbesserte Prüfungsvorbereitungen und entsprechend bessere Sprachkurse. Nichts desto trotz sollten die Thüringer Kammern darüber nachdenken, ob Prüfungen in der jeweiligen Muttersprache oder auf Englisch nicht zeitgemäßer ist und internationalen Standards entspreche. Die bisherige Praxis ist für uns nicht akzeptabel und führt zu einer Benachteiligung Diskriminierung unserer jungen Kolleg\*innen.

## ANTIFA & ANTIRA

### H1 **Wir wollen keine Rassisten in unserer politischen Welt: kein Platz für die Junge Alternative**

Während die NPD an sich selbst und der 5%-Hürde bei der vergangenen Landtagswahl scheiterte, sorgte die selbsternannte Alternative für Deutschland (AfD) für einen Paukenschlag und erreichte aus dem Stand über 11% der abgegebenen Stimmen. Kurz nach diesem Erfolg konstituierte sich die Jugendorganisation, Junge Alternative Thüringen, im Dezember letzten Jahres.

Die Junge Alternative im Allgemeinen wird von Medien und Politikwissenschaftlern noch weiter Rechts verortet als ihre Mutterpartei. Ihre Rückwärtsgewandtheit stellt sie zudem in den Sozialen Medien durch sexistische oder streng national-konservative Postings zur Schau. In Thüringen trat sie noch nicht oder erst wenig in Erscheinung. Sie wirbt aber dennoch mit Slogans wie „Vernunft statt Ideologie“, führt Geburtstagsfeiern zum 200. Geburtstag von Bismarck durch und hat an ihrer Spitze führende AfD-Politiker, die klar zum rechtaußen Spektrum der Partei zuzuordnen sind.

Wir als Jusos Thüringen werden aus diesem und weiteren Gründen jede öffentliche Veranstaltung der Jungen Alternative boykottieren und fordern weitere Jugendverbände der demokratischen Parteien dies gleich zu tun. Wir tolerieren weder Rassismus, noch Sexismus, Homo- oder Xenophobie noch rückwärtsgewandte Weltbilder. Eine Zusammenarbeit auf welcher Ebene auch immer kommt für uns nicht in Frage.

## INTERNATIONALISMUS

# 11 Linke Friedenspolitik im 21. Jahrhundert

## 1. Einleitung und Selbstverständnis

Internationale Konflikte beeinflussen unser Leben. Die globalen Themen haben unmittelbare Auswirkung auf Thüringen und unsere Kommunen. Dies bezieht sich nicht nur auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt, denn zunehmend werden von den Menschen vor Ort Antworten von Genoss\*innen auf die globalen Herausforderung gefordert. Die Jusos sind ein linker internationalistischer Jugendverband und daher müssen wir eine linke Friedenspolitik diskutieren, mit der auf real existierende Konflikte reagiert werden kann. Vor dem Hintergrund der Stimmungslage in der Bevölkerung, die zunehmend in nationale Deutungsmuster und Wertvorstellungen zurückfällt, soll das internationalistische Verständnis der Jusos in Thüringen wieder stärker in den Vordergrund gerückt werden. Unsere Utopie ist auch weiterhin eine Welt ohne Konflikte, ohne Grenzen und ohne Armeen. Im 21. Jahrhundert müssen wir uns aber der Realität stellen und linke Antworten auf die Herausforderungen internationaler Konflikte finden. Der vorliegende Antrag soll als Diskussionsgrundlage für eine landesweite Debatte verstanden werden, die wir auch in der SPD Thüringen anstoßen wollen. Wir wollen eine gemeinsame Position finden, die den Jusos in Thüringen eine Vorstellung bietet, wie alternative Friedenspolitik aussehen kann. Wir wollen, dass die SPD Thüringen sich zu einer linken Friedenspolitik immer und überall öffentlich bekennt. Friedenspolitik ist als ganzheitliche Forderung zu verstehen. Dabei erheben wir unsere Ansprüche nicht nur gegenüber einer Außenpolitik als Friedenspolitik, sondern auch einer innerdeutschen Politik. Gerade die SPD steht hier in einer besonderen Verantwortung das Verständnis für eine solidarische Gesellschaft wieder zu schärfen. Wir als politisch engagierte Menschen können schon im kleinsten wichtige Schritte gehen. Dazu gehört an erster Stelle: Solidarität mit Geflüchteten. Wer sich für Geflüchtete einsetzt, der muss auch in der internationalen Friedenspolitik Verantwortung übernehmen, damit Menschen nicht fliehen müssen, egal ob vor Krieg, Korruption, wirtschaftlicher Aussichtslosigkeit oder anderer Folgen von Imperialismus und Kolonialzeit.

### 1.1. Verantwortung

Es wird im Zusammenhang mit internationalen Konflikten viel von Verantwortung gesprochen, in der Regel ohne dabei jedoch konkret darauf einzugehen, was dies bedeuten soll. Wir verstehen Verantwortung als Handlungsauftrag aber nicht in Verbindung mit der Ausübung eines nationalen Geltungsbewusstseins. Nicht Handeln ist für uns keine Option. Die Vorstellung einer Welt ohne Gewalt, sowohl in der Ausübung als auch im Erfahren, ist für viele Menschen eine grundlegende Einstellung die ihr aktives gesellschaftliches Handeln und ihr Engagement, definieren. Oft sehen wir, wie Menschen in Kriegsgebieten ihr Leben aufs Spiel setzen, um anderen Menschen zu helfen, wie zum Beispiel das internationale rote Kreuz oder der rote Halbmond. Diejenigen, die sich diesem Ansatz verpflichtet fühlen und danach Handeln, egal ob es aus einem religiösem Motiv oder einem aufgeklärten Humanismus heraus entsteht, wollen wir als Jusos Thüringen nicht entwerten oder verurteilen. Eine pazifistische Einstellung, die sich in konkreten Maßnahmen oder Aktionen widerspiegelt, um Menschen zu helfen, ist unterstützenswert. Ein rein rhetorischer Pazifismus aber, der sich in Phrasen und sturer Absolutheit ergeht, ist für uns das Verweigern jeder Verantwortung und der bequeme

Rückzug aus der inhaltlichen Debatte. Wir erachten diese Einstellung als Ausdruck einer gewachsenen politischen Trägheit. Für uns Jusos gilt als eine Lehre aus den Schrecken des Nationalsozialismus: Nie wieder Auschwitz! Nie wieder Krieg! Daraus lernen wir, dass diese beiden Aspekte immer zusammen gedacht werden müssen - Verbrechen gegen die Menschlichkeit reaktionslos hinzunehmen, ist für uns kein Pazifismus und keine Alternative. Wenn humanitäre Katastrophen es erfordern, müssen handlungsfähige Ressourcen der internationalen Gemeinschaft, genauso wie die Bereitschaft zu deren Einsatz, vorhanden sein. Dort wo Konflikte das Leben von Menschen gefährden, dort wo es keine Staatsgewalt zum Schutz der Zivilbevölkerung gibt und dort, wo Zivilist\*innen zwischen den Konfliktparteien schutzlos ausgeliefert sind, sehen wir die Aufgabe der internationalen Gemeinschaft darin, eine Schutzfunktion zu übernehmen.

Eine verantwortungsvolle linke Friedenspolitik unterliegt folgenden Grundsätzen:

Ein humanistisches Weltbild definiert unseren Ansatz. Leben zu schützen und Menschen zu retten, ihnen eine Perspektive für ein friedliches Leben zugeben ist unser Ziel. Die Europäische Friedenserfahrung nach dem 2. Weltkrieg ist kein exklusives Privileg, sie ist eine Zielstellung für die Welt.

Wir bekennen uns zur UN als supranationale Organisation. Das UN-Mandat ist für uns die einzige Möglichkeit Interventionen zu legitimieren. In diesem Zusammenhang muss die UN als demokratischer Zusammenschluss reformiert werden. Diplomatie ist das Primat außenpolitischen Handelns. Wir wollen eine gemeinsame europäische Außenpolitik, die sich an einem humanistischen Leitbild orientiert.

Nicht wirtschaftliche Interessen, sondern der Schutz von Menschenleben und -rechten sowie die Einhaltung des Völkerrechts, geben die Rahmenbedingungen internationalen Handelns vor.

Wir stehen erzwungenem Nationbuilding kritisch gegenüber. Ziel ist es stattdessen, lokale demokratische Bestrebungen zu fördern, z. B. durch die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Kräfte beim Aufbau demokratischer Strukturen. Wir wollen die Abrüstung im Rahmen eines kollektiven Sicherheitssystems, nach Auflösung der bestehenden konkurrierenden Militärpakte.

## 1.2. Frieden

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden ist vielmehr die Grundvoraussetzung für die Durchsetzung und Verwirklichung von Menschenrechten. Frieden verstehen wir als die Verwirklichung der Gleichheit der Rechte aller Menschen auf der Grundlage von Freiheit, von einem gerechten Wirtschafts- und Finanzsystem mit sozialem Sicherungssystem, gerechten Arbeitsbeziehungen, der Überwindung von Armut und dem Schutz der Umwelt. Der Glaube daran, dass Frieden im Sinne des demokratischen Friedens dann erreicht werden kann, wenn die Staaten der Welt demokratisch verfasst sind, wurde in den vergangenen Jahren erschüttert. Dennoch sind wir der Überzeugung, dass eine demokratisch verfasste Welt den Idealzustand darstellt und dass Demokratien, die diesen Namen auch verdient haben, nicht gegeneinander Krieg führen.

## 1.3. Völkerrecht

Das Völkerrecht muss für linke Friedenspolitik nicht nur der Maßstab, sondern auch die notwendige Bedingung sein. Ein außenpolitisches Handeln, das sich nicht am Völkerrecht orientiert, ist illegitim und erfährt unsere schärfste Kritik. Gleichwohl ist uns bewusst, dass das aktuelle Völkerrecht unter bestimmten machtpolitischen Konstellationen entstanden ist und einigen Regionen und Akteur\*innen der Weltpolitik mehr Chancen eröffnet als anderen. Dieses Ungleichgewicht, welches sich insbesondere im Hinblick auf den sogenannten Nord-Süd Konflikts ergibt, muss beseitigt werden! In diesem Zusammenhang muss die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte zu einer verbindlichen Rechtsquelle des Völkerrechts werden. „sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ Die darin enthaltenen Rechte, die jedem Menschen unabhängig von nationaler oder sozialer Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer Überzeugung, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand die gleichen Rechte einräumen müssen zu den Normen internationalen Handelns rechtsbindend dazugehören. Die Zeit ist gekommen für einen völkerrechtlich bindenden Menschenrechtspakt!

## **2. Institutionen**

### 2.1. EU als Friedensprojekt weiterentwickeln

Wir Jusos begreifen uns als kritische Proeuropäer\*innen. Das Europäische Projekt in seiner Verstetigung der EU erachten wir als grundlegend richtig. Jedoch erleben wir insbesondere im Zuge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, dass EU-Institutionen Entscheidungen treffen, die unseren Idealen von demokratischem Sozialismus und internationaler Solidarität entgegenstehen. Unser Ziel einer europäischen Gemeinschaft ist es, das Leben für alle Menschen in Europa so sozial, frei, selbstbestimmt und sicher zu gestalten. Wir stehen für eine Angleichung der Lebensverhältnisse in ganz Europa und für eine umfassende Solidarität mit den Menschen, die unter Austeritätspolitik und Kürzungen bei Löhnen, Renten und Sozialleistungen leiden. Die Dominanz der nationalen Regierungen, insbesondere derer Deutschlands und Frankreichs, lässt eine wirklich gemeinschaftliche Lösung der Probleme und das Bewusstsein um die Errungenschaften der europäischen Integration wie Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und den bald sieben Jahre währenden Frieden im öffentlichen Diskurs zurücktreten.

#### 2.1.2. Gemeinsame Außenpolitik

Die Jusos Thüringen befürworten den Impuls der Europäischen Kommission zur Schaffung einer gemeinsamen EU Außenpolitik und einer Europäischen Armee. Wir verstehen die Europäische Union auch weiterhin als Friedensprojekt, denn durch die europäische Integration erst wurde ein Raum der gemeinsam anerkannten und verwirklichten Grundrechte und Grundwerte geschaffen. Wir erkennen jedoch auch, dass dieser Prozess der Integration stagniert und einem zunehmenden Wohlstandschauvinismus weicht, der seinen Höhepunkt in der tödlichen Abschottung der EU gegenüber Flüchtlingen findet. Gleichzeitig wird die Idee eines geeinten Europas von Befürwortern einer völkischen Nationalstaatsidee in Form des „Europas der Vaterländer“ angefeindet. Hingegen zeigen Umfragen wie der Thüringen-Monitor 2014/2015, dass die Europäische Integration und eine gemeinsame Europäische Außenpolitik von der überwiegenden Mehrheit der Menschen in Thüringen befürwortet werden. Zu einer gemeinsamen Außenpolitik gehört auch die Möglichkeit des gemeinsamen

außenpolitischen Handelns. Besonders aufgrund der weltpolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sind nationalstaatliche Armeestrukturen überholt, denn eine wertorientierte Außen- und Sicherheitspolitik in Europa geht nur gemeinsam. Daher sehen wir in der Schaffung einer Europäischen Armee auch eine Förderung des Internationalismus und eine Schwächung von nationaler Souveränität. Wichtig ist uns hierbei, dass vor der Schaffung einer solchen Armee zwingend die Frage der demokratischen Kontrolle einer solchen geklärt werden muss. Weiterhin darf eine Europäische Armee nicht dazu dienen, die Festung Europa abzusichern, sondern soll vielmehr dazu beitragen intransparente Agentur-Strukturen, die sich jeglicher demokratischen Kontrolle entziehen zu ersetzen. Beispielsweise sind bestehende Sicherheitsprojekte wie Frontex, welche bereits eine Form der europäischen Sicherheitspolitik darstellen, sich aber jeder demokratischen Kontrolle entziehen, umgehend zu stoppen und durch humanitäre Maßnahmen zu ersetzen.

#### 2.1.2.1. Struktur und Aufgaben

Die Europäische Armee ist eine gemeinsame Armee der Mitgliedsstaaten und unter die Befehlsgewalt des Europäischen Parlaments zu stellen. Ohne eine demokratische Legitimation und die demokratische Kontrolle kann es aus unserer Sicht keine EU Armee geben. Daher fordern wir in einem ersten Schritt die dahin notwendigen Institutionen zu schaffen beziehungsweise zu reformieren. Wir fordern dazu eine umfassende Strukturreform der Institutionen der Europäischen Union. Nationale Armeen werden aufgelöst, dadurch bewirkt die EU-Armee einen Abrüstungseffekt, da nicht mehr jeder Mitgliedsstaat eine eigene Armee mit den verschiedenen Aufgabenbereichen besitzt. Die Aufgabenbereiche werden unter den Mitgliedstaaten verteilt und gemeinsam ausgestaltet. Der Prozess ist als Top-Down-Prozess, ausgehend von einem reformierten Europäischen Parlament, mit den Mitgliedsstaaten zu gestalten. Der Austausch der freiwilligen Soldat\*innen erfolgt analog zum Erasmus-Programm und fördert so den europäischen Austausch auch für Menschen, die kein Studium wahrnehmen. Die Aufgaben der Armee sind in einer Europäischen Verfassung festgelegt. Sie dient nicht als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, sondern als humanitär ausgerichtete Einsatztruppe zur Wahrnehmung einer internationalen Verantwortung Europas.

#### 2.2. Nato

Mit der Auflösung des Militär-Bündnisses „Warschauer Pakt“ hätte sich auch die Nato auflösen müssen. Statt eine konfrontative westliche Militärstruktur zu verfestigen, sollte die Möglichkeit einer Zusammenarbeit gefördert werden. Mit der jetzigen Struktur ist diese Möglichkeit auch weiterhin nicht gegeben. Mit ihrer auf Expansion abzielenden Bestrebungen, trägt die Nato zum Verschärfen globaler Konflikte bei. Zur Überwindung der Strukturen aus dem Kalten Krieg gehört unserer Auffassung nach auch eine Überwindung der Nato. Ziel muss es sein, sie durch ein globales Sicherheitskonzept überflüssig zu machen.

#### 2.3. Die Vereinten Nationen

Die Struktur der Vereinten Nationen spiegelt noch heute die Konfliktlinien des 20. Jahrhunderts wieder. Obwohl der Niedergang der Sowjetunion und der damit verbundene



Zerfall der bipolaren Mächtekonstellation eine Zäsur darstellen, wurden in der Organisation der Vereinten Nationen und der Sicherheitsstrukturen keine Konsequenzen gezogen. Mit dem Ende des Ost-West Konflikts hätte ein Umdenken stattfinden müssen, stattdessen hat das Blockdenken in den Strukturen überlebt und sich verfestigt. Die Defizite mit denen wir uns heute in der internationalen Sicherheitspolitik konfrontiert sehen, sind die Folge der verpassten Chance, eine auf internationale Zusammenarbeit angelegte globale Sicherheitsstruktur zu schaffen. In den vergangenen Jahren gab es dabei zahlreiche Debatten um eine mögliche Reform der Strukturen der UN, die sich hauptsächlich mit der Zusammensetzung des UN- Sicherheitsrats und den Kompetenzen der Generalversammlung auseinandersetzen. Bisher gab es keinen Lösungsvorschlag, der das Dilemma zwischen der Achtung staatlicher Souveränität und der internationalen Verantwortung zur Wahrung der Menschenrechte lösen konnte. Für uns bleibt jedoch folgendes festzuhalten: Im Zentrum einer möglichen Reform muss die effektivere Sicherung der Menschenrechte und Bekämpfung der Armut stehen. Die Überwindung der Strukturen aus dem Kalten Krieg muss weiterhin das Ziel von Reformbestrebungen sein.

### 2.3.1. Sicherheitsrat der Staatenverbände:

Die Struktur des Sicherheitsrates spiegelt heute noch die Mächteverhältnisse der Gründung 1946 wieder. Der UN Sicherheitsrat ist das einzige Gremium, mit welchem ein Mandat zur Intervention zur Verhinderung humanitärer Katastrophen verhängt werden kann. Durch das Recht des Vetos eines der fünf ständigen Mitglieder ist diese Möglichkeit jedoch eingeschränkt. Die Folgen dieser Handlungsunfähigkeit können katastrophal sein, wie das Beispiel von Ruanda deutlich zeigt. Jedoch ist der Sicherheitsrat das einzige internationale Gremium, welches über alle globalen Konflikte hinweg stabil blieb. Es bleibt bei aller Ablehnung zum Vetorecht zu bedenken, dass das Vetorecht und dessen Einhaltung eine Teilhabegarantie für die ständigen Mitgliedsstaaten sind. Eine Änderung des Vetorechts könnte zum quasi Abbruch internationaler Verhandlungen führen, die Grundlage des diplomatischen Handelns beenden und die Staatengemeinschaft auseinanderbrechen lassen. Daher sind wir gegen eine Abschaffung des Vetorechts. Vielmehr sehen wir die Lösung in einer Umstrukturierung des Sicherheitsrats. Nationalstaatliche Interessen dürfen nicht der Grund dafür sein, dass der UN-Sicherheitsrat handlungsunfähig ist. Bisherige Konzepte zur Reform des Sicherheitsrates sehen lediglich einer Erweiterung von Sitzen für Nationalstaaten vor. Nicht jedoch Nationalstaaten, sondern Staatenverbände gehören an den Verhandlungstisch des Sicherheitsrates! Dies würde auch der ungerechten Repräsentationsrate entgegenwirken und wäre aus unserer Sicht ein erster Schritt um der damit verbundenen schlechten Legitimation des Sicherheitsrates entgegenzuwirken. Damit sehen wir auch eine Erweiterung der bisherigen ständigen Sitze verbunden.

### 2.3.2. Generalversammlung und UN Parlament

Eine weitere Möglichkeit, die UN demokratischer zu gestalten, sehen wir in der Schaffung eines UN- Parlaments. Für die Schaffung eines solchen hat sich bereits das Europäische Parlament ausgesprochen. Über die genauen Befugnisse und die Beschaffenheit wird noch zu debattieren sein. Mit der Umwandlung der Generalversammlung zu einem Welt-Parlament kann deren Potenzial besser ausgeschöpft werden. Damit soll kann auch die Akzeptanz

innerhalb der Bevölkerung, zu Entscheidungen die auf globaler Ebene getroffen werden steigen. Die Stimme des UN-Parlaments muss auch im Sicherheitsrat Berücksichtigung finden.

### **3. Instrumente**

#### **3.1. Rolle der Entwicklungszusammenarbeit**

Wir stehen dafür ein, internationale Kooperation auch als solche zu verstehen und nicht mehr länger als Entwicklungshilfe westlicher Staaten gegenüber aus westlicher Sicht weniger weit entwickelten Staaten zu begreifen. Es muss darauf geachtet werden, dass alle Regionen der Welt gleichberechtigt ihre Forderungen und Ziele wirksam artikulieren können. Europa muss dabei Bedürfnisse und Vorstellungen anderer Regionen ernst nehmen und tolerieren, auch wenn diese von westlichen Dogmen abweichen oder diese in Frage stellen. Deutschland soll dabei auf einen Konsens aller Akteur\*innen in wichtigen humanitären Fragen hinwirken. Ausgangspunkt und Ziel aller Entwicklungszusammenarbeit muss immer eine Verbesserung der Lage in den Zielländern sein, deutsche Wirtschaftsinteressen dürfen nicht Vordergrund sein. Uns ist bewusst, dass ökonomische Ressourcen weltweit sehr ungleich verteilt sind. Daher haben nicht alle Regionen der Welt die gleichen Chancen zur Teilhabe und sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung. Es ist unumgänglich, dass die europäischen Staaten den Ländern des globalen Südens noch immer bestehende Schulden erlassen, Handelshemmnisse abbauen und ausreichend finanzielle Unterstützung zur Umsetzung der Millenniumsziele und der sie ablösenden Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals) gewähren.

Diese Maßnahmen verstehen wir dabei nicht als Leistungen eines gönnerhaften Deutschlands gegenüber Bittstellenden, sondern als ersten längst überfälligen Schritt einer reichen Industrienation, die sich ihrer Verantwortung für die humanitären, sozialen, ökonomischen und infrastrukturellen Folgen ihrer skrupellosen Kolonialpolitik bewusst ist. Dabei betrachten wir die aktuelle Ausbeutung anderer Staaten und die protektionistische Handelspolitik auf der sich der Reichtum der Bundesrepublik begründet, als moderne Form des Kolonialismus, die durch eine Zusammenarbeit mit den Staaten ersetzt werden muss.

Auch die europäischen Staaten haben in der Vergangenheit keine ruhmhafte Rolle gespielt, was die Einhaltung ihrer Versprechen in der Entwicklungszusammenarbeit angeht. Europas Einsatz für die Millenniumsziele darf niemals von Beliebigkeit gekennzeichnet sein oder unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Andere Staaten müssen sich auf unsere Zusagen verlassen können. Dazu ist es wichtig, auch innerhalb der EU die Entwicklungszusammenarbeit als wichtiges Ziel zu definieren und die Mitgliedsstaaten zu einer Aufstockung ihrer finanziellen Mittel zu verpflichten, insbesondere auf eine Umsetzung des 0,7%-Ziels.

#### **3.2. Stärkung der Menschenrechte**

Die Vereinten Nationen sind die wesentliche Institution, die zur Wahrung der Menschenrechtscharta beitragen kann. Wir sehen die Zustimmung zur Menschenrechtscharta und des Rom-Statuts als wesentliches Kriterium. Während die NPD an sich selbst und der 5%-Hürde bei der vergangenen Landtagswahl scheiterte, sorgte die selbsternannte Alternative für Deutschland (AfD) für einen Paukenschlag und erreichte aus dem Stand über 11% der

abgegebenen Stimmen. Kurz nach diesem Erfolg konstituierte sich die Jugendorganisation, Junge Alternative Thüringen, im Dezember letzten Jahres.

Die Junge Alternative im Allgemeinen wird von Medien und Politikwissenschaftlern noch weiter Rechts verortet als ihre Mutterpartei. Ihre Rückwärtsgewandtheit stellt sie zudem in den Sozialen Medien durch sexistische oder streng national-konservative Postings zur Schau. In Thüringen trat sie noch nicht oder erst wenig in Erscheinung. Sie wirbt aber dennoch mit Slogans wie „Vernunft statt Ideologie“, führt Geburtstagsfeiern zum 200. Geburtstag von Bismarck durch und hat an ihrer Spitze führende AfD-Politiker, die klar zum rechtaußen Spektrum der Partei zuzuordnen sind.

Wir als Jusos Thüringen werden aus diesem und weiteren Gründen jede öffentliche Veranstaltung der Jungen Alternative boykottieren und fordern weitere Jugendverbände der demokratischen Parteien dies gleich zu tun. Wir tolerieren weder Rassismus, noch Sexismus, Homo- oder Xenophobie noch rückwärtsgewandte Weltbilder. Eine Zusammenarbeit auf welcher Ebene auch immer kommt für uns nicht in Frage.

Zur Mitgliedschaft zu den Vereinten Nationen. Das Rom Statut sieht die Gründung des Internationalen Strafgerichtshof vor und legt Funktion und Struktur des Gerichts sowie die Regeln für seine Rechtsprechung fest, das sich mit den schlimmsten Verbrechen von Individuen beschäftigen soll. Insbesondere begründet es eine Gerichtsbarkeit für die strafrechtliche Verfolgung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen sowie das Verbrechen der Aggression. Die USA und Israel haben die Unterzeichnung des Statuts nachträglich zurückgenommen, wir rufen diese Staaten dazu auf, das Rom Statut endlich und verbindlich zu unterzeichnen. Zudem müssen Institutionen die die Einhaltung der Menschenrechte überwachen effektivere Sanktionsinstrumente bekommen um Verstöße ahnden zu können.

### 3.3. Humanitäre Intervention und responsibility to protect

Humanitäre Interventionen dienen dem Schutz der Menschen. Die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit zeigen jedoch, dass sie kein wirksames Mittel zur Abwehr humanitärer Katastrophen waren, sondern Konflikte teilweise befeuert haben statt sie zu befrieden. Viel zu oft standen dabei nationale, wirtschaftliche und politische Interessen im Vordergrund, was unserer Auffassung nach zum Scheitern zahlreicher Missionen geführt hat. Dennoch ist für uns eine pazifistische Außenpolitik, die sich durch das Nicht-Handeln auszeichnet, keine Alternative. Humanitäre Interventionen dürfen ihrem Wesensmerkmal nach nur dem Schutz der Zivilbevölkerung dienen. Es ist wenig zielführend Staaten vorzuschreiben, wie sie ihr Zusammenleben organisieren. Staatliche Interessen wie Systemwechsel dürfen daher nicht mit einem Mandat zur humanitären Intervention verbunden werden. Uns ist jedoch bewusst, dass es staatliches Handeln ohne staatliche Interessen nicht geben kann. Die humanistische Intention und die Wahrnehmung von Verantwortung zum Schutz der Zivilbevölkerung müssen aber im Vordergrund stehen. Wir unterstützen die Idee einer internationalen Solidargemeinschaft zur Lösung humanitärer Katastrophen. Dabei ist es die Aufgabe dieser Solidargemeinschaft das Spannungsfeld zwischen der Wahrung der staatlichen Souveränität und dem Schutz geltender Menschenrechte auszugleichen. Der Staat kann nur solange als Souverän anerkannt werden, wie er es schafft, die Menschen zu schützen, systematische Gewalt, Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ethnische Säuberungen zu verhindern. Kann er das nicht und/oder macht er sich solcher Verbrechen

gegen die Menschlichkeit selber schuldig, geht die Souveränität zum Schutz der Menschen auf die Solidargemeinschaft mit größtmöglicher Legitimation über. Die Vereinten Nationen stellen bereits eine solche Solidargemeinschaft dar, haben aber großen Nachholbedarf in ihrer demokratischen Legitimation. Versagt der Staat bei der Wahrung seiner Schutzfunktion übernimmt dies die Solidargemeinschaft in erster Linie durch zivile und präventive Mittel. Zu allererst muss eine Intervention auf diplomatischem Wege geschehen. Der Versuch einer friedlichen Lösung muss unabhängig von der vorherrschenden Mächtekonstellation oberstes Ziel sein. Dabei ist stets der Aufbau ziviler Konfliktpräventions- und Lösungskapazitäten zu prüfen. Mit dem Einrichten von Schutzzonen und Flugverbotszonen sollte der Schutz der Zivilbevölkerung immer möglich sein. Militärisches Eingreifen kann immer nur Ultima Ratio sein und darf einzig der Verhinderung von Massengewalttaten dienen. Was uns die Vergangenheit lehrt ist die Bedeutung der Nachhaltigkeit von humanitären Interventionen. Ein militärisches Eingreifen muss immer mit einem Konzept der humanitären Hilfe und des Wiederaufbaus verbunden sein. Eine Nachbereitung von Konflikten mit der Beseitigung der Ursachen ist unerlässlich, denn sonst schwelen diese weiter. Als wesentliches Instrument der Nachbereitung sehen wir den IGH, IStGH und die Vereinten Nationen.

### 3.3.1. Sanktion als Instrument der Diplomatie

Der Umgang mit undemokratischen regierten Ländern stellt uns vor eine schwierige Herausforderung. Eine militärische Intervention kann immer nur der letzte Schritt sein. Gleichzeitig braucht es aber ein Instrument um Druck auf Staaten oder nichtstaatliche Akteur\*innen aufbauen zu können, die eine Bedrohung für den Frieden in Ihrer Region darstellen oder sich mit militärischer Gewalt gegen Demokratiebestrebungen im eigenen Land richten. Wirtschaftliche Sanktionen und Sanktionen in der Entwicklungszusammenarbeit können dabei ein wirksames Mittel sein. Während das Einfrieren privater Konten oder die Verhängung von Einreiseverboten gegen Funktionär\*innen undemokratischer Regime noch weitgehend unproblematisch ist, können Handels- und Entwicklungszusammenarbeitssanktionen aber auch verheerende Auswirkungen auf den Teil der Bevölkerung eines Landes haben, der eigentlich nicht Ziel der Strafmaßnahmen sein soll. Vor jeder Sanktion soll daher ein humanitärer Abwägungsprozess stehen, der die Gefährdung zum Beispiel für die Lebensmittelversorgung und Infrastruktur eines Landes berücksichtigt und in die Entscheidung einfließen lässt.

### 3.3.2. Waffenexporte

Deutschland ist nach den USA und Russland der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Allein zwischen 2005 und 2009 sind die deutschen Waffenexporte auf das Doppelte angewachsen und bei weitem nicht alle Empfängerländer deutscher Waffen sind freie Demokratien die lediglich ihr Selbstverteidigungsrecht wahren wollen. Deutsche Konzerne und der deutsche Staat profitieren damit von bewaffneten Konflikten im Nahen Osten, Bürgerkriegen in Afrika, Drogenbanden in Südamerika und Despoten weltweit. Was nach dem Export mit den Waffen geschieht, ist deutscher Kontrolle entzogen und kann oft kaum noch nachvollzogen werden. Wir lehnen einen Export deutscher Waffen außerhalb der NATO bzw. einer möglichen europäischen Armee und Israels daher strikt ab.

### 3.3.3. Einsatz von Drohnen

Der zunehmende Einsatz unbemannter Militärtechnik stellt uns vor neue ethische Fragen, er entmenschlicht das Töten und senkt die damit einhergehende Hemmschwelle. Kampfdrohnen können mit weniger Risiko als konventionelle Rüstungstechnik eingesetzt werden und ermöglichen den effektiven Schutz von Menschenleben bei verhältnismäßig geringem Risiko. Wir bekennen uns daher zum verantwortungsvollen Einsatz von Kampfdrohnen im Rahmen einer interventionistischen Friedenspolitik, ausschließlich zum Schutze gefährdeter Menschen. Verantwortungsvoll bedeutet für uns dabei, dass Kollateralschäden und zivile Opfer durch eine Aufklärung am Boden vermieden werden müssen. Den enthemmten Drohneneinsatz z. B. der USA, der unbeteiligte Opfer billigend in Kauf nimmt, lehnen wir ab.

## 4. Forderungen an eine Friedenspolitik

Wir Jusos sehen uns als internationalistischer Verband in der Verantwortung, bestehende Konzepte weiterzuentwickeln und die SPD sowie die Bunderepublik bei der Ausgestaltung einer gerechten Friedens- und Sicherheitspolitik voranzubringen. Wir fordern daher auch auf Landesebene eine Debatte über die Bewertung der Außenpolitik der Bundesrepublik. Wir müssen gemeinsam eine Stimme sein für ein mehr an Demokratie und ein mehr an Menschlichkeit in der Welt. Verantwortung bedeutet nach unserer Ansicht nicht nur das Eingreifen staatliche Souveränität im Falle eines Konflikts. Internationale Zusammenarbeit, das Werben für Demokratie, ein respektvoller Umgang in der Weltgemeinschaft, fairer Handel und Entwicklungszusammenarbeit müssen stets Maßstäbe einer wertorientierten deutschen- und europäischen Außenpolitik sein. Die Debatte um diese Themen wollen wir auf Landesebene fortsetzen.

Wir fordern die SPD auf auch auf Landesebene auf:

- sich für eine Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit stark zu machen, insbesondere des 0,7%-Ziels und der Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals),
- die Instrumente des zivilen Friedensdienstes und der zivilen Konfliktprävention zu verstärken,
- die Unterstützung für die Schaffung eines UN-Parlaments wiederzubeleben,
- sich für eine werteorientierte Außenpolitik stark zu machen.

## 12 **Gegen die Austeritätspolitik der Bundesregierung und der „Troika“ - Solidarität mit den Menschen in Griechenland**

Die SPD steht für ein soziales, solidarisches und plurales Europa, in dem alle gleichberechtigt zusammen wirken. Daher erklären wir uns solidarisch mit den Menschen in Griechenland, die massiv unter dem Austeritätsdiktat der Troika leiden.

## 13 **Vom Welthandel sollen alle etwas haben!**

Für uns bedeutet sozialistische Wirtschaftspolitik ein Nein zum bilateralen Handel bei gleichzeitiger Befürwortung einer Förderung von Welthandel, ohne Diskriminierung von Staaten. Wir sehen in dem Abbau von weltweiten Handelsbarrieren eine weitere Chance zur Verbesserung der Lage in vielen unterentwickelten Ländern. Strukturelle Ausbeutung der ärmeren Staaten durch reiche Industrieländer verurteilen wir auf das Schärfste. Für uns bedeutet ein Abbau von Handelsbarrieren nicht die Zerstörung des Sozialstaates a la FDP. Staatliche Subventionen in Kernbereichen, wie der öffentlichen Daseinsvorsorge sind keine Handelshemmnisse, sondern eine der zentralen Aufgaben des Staates. Gleichzeitig sind jedoch historisch gewachsene Zölle für das 21. Jahrhundert realitätsfremd.

Dabei muss immer aus Sicht der sozialistischen Wirtschaftspolitik der Welthandel das Ziel haben, den Wohlstand jedes Individuums zu verbessern, anstatt Kapitalis\*innen eine höhere Kapitalakkumulation zu bescheren.

Handelspolitik ist über die friedenspolitische Bedeutung hinaus für uns ein Kernelement einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik. Die aktive und vor allem demokratische Gestaltung des internationalen Handels muss damit in den Mittelpunkt rücken. Seit einigen Jahren füllen die Diskussionen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) die Zeitungen und Fernsehkanäle. Dabei wird die Kritik an verschiedenen Aspekten dieses Abkommens angesetzt.

Wichtig ist zum einen, dass es sich hierbei eben nicht um ein Handelsabkommen, sondern eben auch um eine Investitionspartnerschaft handelt. Der Schutz der Investoren soll in diesem Vertrag in einer demokratiefeindlichen Form implementiert werden. So sollen „unabhängige“ Schiedsstellen eingerichtet werden, die Konflikte zwischen Staaten einerseits und Investoren andererseits beilegen sollen. De facto stellt das eine Paralleljustiz zu den ordentlichen rechtsstaatlichen Instanzen dar. Damit wird die Gewaltenteilung in Frage gestellt und die Unabhängigkeit der Justiz ist nicht mehr gewährleistet. Die Nichtöffentlichkeit der Schiedsgerichtshöfe macht dabei die Verfahren noch intransparenter. Wenn wir also in Zukunft damit rechnen müssen, dass Unternehmer einen Staat verklagen können, weil dieser eventuell einen Mindestlohn einführt und damit ein Unternehmer seine Investition gefährdet sieht, dann wird die Souveränität des Volkes nicht nur in Frage gestellt, sondern substantiell beschädigt. Demokratisch gewählte Regierungen könnten den Wählerwillen nur noch dann umsetzen, wenn er nicht im Widerspruch zu den Investoreninteressen steht. Als ein sozialistischer Richtungsverband sind wir der tiefsten Überzeugung, dass die Demokratie vor den Interessen einzelner Unternehmen steht. Daher können wir derartige

Investorenschutzvereinbarungen nicht gutheißen und lehnen ein Abkommen mit solchen Klauseln ab.

Weiterhin werden immer wieder Befürchtungen geäußert, dass wichtige Verbraucherschutzrichtlinien ausgehöhlt werden unter dem Deckmantel der Harmonisierung von Standards und der Ausräumung von Handelshemmnissen. Verluste im Bereich des Verbraucherschutzes stellen einen Rückfall um mindestens 25 Jahre dar. In den letzten Jahrzehnten wurden insbesondere hier große Fortschritte gemacht und damit die Souveränität des Konsumenten massiv gestärkt. Einen solchen Rückschritt wollen wir nicht hinnehmen.

Die Alternative zu Abkommen wie CETA oder TTIP ist die WTO (Welthandelsorganisation). Bis auf wenige Staaten, die dieser Organisation nicht angehören oder weniger Länder mit Beobachterstatus (insbesondere Staaten in Zentralasien und im mittleren Osten) sind fast alle Staaten der Erde Mitglied in der WTO. Die so genannten Handelsrunden der WTO beschäftigen sich damit, Handelshemmnisse in Gänze in allen Mitgliedstaaten abzubauen. Solche globale multilaterale Abkommen sind schwer zu erreichen. Die Handelsrunde von Doha stagniert seit einigen Jahren. In erster Linie stellen Konflikte zwischen den Interessen entwickelter Industriestaaten des Nordens und denen der Entwicklungsstaaten des Südens das entscheidende Problem dar. Das globale Nord-Süd-Gefälle wird in der Welthandelsorganisation thematisiert. Somit bilden die Handelsrunden ein Forum um diese Probleme zu verhandeln und zu lösen. Ein bilaterales Abkommen wie TTIP wird geschlossen zwischen den USA und der EU, also zwei entwickelten staatlichen Subjekten des Welthandels. Allerdings hat TTIP nicht nur eine wirtschaftliche Bedeutung für die beteiligten Vertragspartner, sondern ebenso für den Rest der Welt. Werfen wir einen.

Blick auf die optimistischsten Studien der TTIP-Befürworter, so prognostizieren diese ein zusätzliches Wirtschaftswachstum für die USA ebenso wie für die EU und die damit verbundenen zusätzlichen Arbeitsplätze. (Das ist alles andere als Konsens in der Beurteilung von TTIP, vor allem wenn man dieses mit den Folgen von NAFTA vergleicht.) Die gleichen Studien sagen voraus, dass TTIP sich negativ auf andere Staaten auswirkt. So gehen diese von Reduktionen des Wirtschaftswachstums für die Länder Südamerikas, Afrikas und Teilen Asien aus. Bilaterale Abkommen sind somit Mittel, welche die globalen Unterschiede vertiefen, die Wohlstandsgefälle verstärkt. CETA und TTIP sind also in einer weltweiten Perspektive hochgradig unsolidarisch. Die reichen Staaten des Nordens werden wiederum auf Kosten der armen Staaten des Südens ihre Vorteile realisieren. Die im Zusammenhang mit Freihandelszonen gebrachte Kritik der sogenannten Handelsablenkung, durch welche die Drittstaaten an Handelsvolumen verlieren, sehen wir kritisch.

Aufgrund der fallenden Transportkosten ist es wichtig auf den Umweltaspekt einzugehen. Durch globale Wertschöpfungsketten, die vor allem niedrige Lohnstückkosten als Grund haben, belasten durch ein hohes Transportaufkommen zusätzlich die Umwelt. Deshalb sprechen wir uns für eine weltweite Besteuerung auf den Transport aus, um ein weiteres Ansteigen der Ausbeutung der Natur einzudämmen. Die weltweite Steuer soll an die UNO abgeführt werden und vor allem dem Umweltschutz zugutekommen. Gleichzeitig sollen regionale Produkte gefördert und die Menschen für das Thema der Verursachung der Schäden durch den Transport sensibilisiert werden.

## 14 **Völkermord an den Herero und Nama vollständig aufarbeiten**

Die Jusos Thüringen setzen sich für eine vollständige Aufarbeitung des Völkermords während der deutschen Kolonialherrschaft an den Herero und Nama im heutigen Namibia ein und fordern eine lückenlose Aufklärung der Ereignisse von 1904 bis 1908. Des Weiteren fordern wir die Rückführung aller sich in deutscher Hand befindlichen Totenschädel, die Anerkennung der Notwendigkeit von Reparationszahlungen sowie eine verpflichtende Auseinandersetzung mit dem Genozid im Geschichtsunterricht an den Schulen.

Das deutsche Kaiserreich war keine Friedensmacht. Kolonialgebiete wurden militärisch erobert und Widerstände der autochthonen Bevölkerung wurden mit militärischer Gewalt niedergeschlagen. Höhepunkt des antikolonialen Widerstandes waren die Auseinandersetzungen der Herero und Nama mit den Kolonialherrscher\*innen in „Deutsch-Südwest-Afrika“. Seit 1884 etablierte sich das Deutsche Reich als Kolonialmacht in Südwestafrika und perfektionierte ein System der Abhängigkeit, dass dem mittelalterlichen Feudalsystem mit seinem Schutz- und

Treueverhältnis gleichkam. Deutsche Militäreliten zwangen afrikanische Großleute zur Kollaboration und nötigten Tausende aus der autonomen Rinderzucht in abhängige Lohnarbeit mit Deutschen. Ziel der Kolonialherrschaft war die Errichtung eines auf Ordnung basierenden Musterstaates auf rassistischer Grundlage. Betrug und Misshandlung von Afrikanerinnen und Afrikanern wurde nicht aufgeklärt oder verurteilt, ein Schutz vor dem systeminhärenten Rassismus war nicht möglich; vielmehr lud das System zu übergriffigem Verhalten ein.

Am 12. Januar 1904 kam es zum Widerstand durch die Herero, welcher mit menschenverachtender Härte durch das deutsche Militär niedergeschlagen wurde. So riegelten Schutztruppen die Omaheke-Wüste ab, in welche ca. 60.000 Herero geflohen waren, und ließen die Wasserstellen besetzen. Fliehende sollten durch einen klar angeordneten „Schießbefehl“ vernichtet werden. Berichte über das Vorgehen der deutschen Kolonialherrscher\*innen führten bei den Nama zu einem Guerillakrieg, welcher vier Jahre andauern sollte. Um den Rückhalt aus der Bevölkerung für diesen Krieg zu schwächen, wurden tausende Herero und Nama in Konzentrationslager/Kriegsgefangenenlager, deportiert, wo sie Zwangsarbeit leisten mussten und auf ihr Leben in der rassistischen Utopie der deutschen Eliten vorbereitet werden sollten.

Bis heute büßen die Herero und die Nama für den Widerstand gegen die deutsche Kolonialmacht. Sie sind in der Bevölkerung Namibias sozial wie auch zahlenmäßig marginalisiert. Ferner lagern in deutschen Museen und Universitäten weiterhin menschliche Überreste aus Namibia, welche während des Genozids zu rassenanthropologischen Untersuchungen nach Deutschland geschickt worden sind. Bei Rückführungen werden namibische Vertreter\*innen selten angemessen behandelt, was 2011 deutlich wurde, als eine hochrangige Delegation bei einer Rückführung von 20 Totenschädeln von der Regierung weitestgehend ignoriert wurde. Die Anerkennung des Genozids durch den Bundestag und die Bundesregierung, sowie die Leitlinie „Der Vernichtungskrieg in Namibia von 1904 bis 1908 war ein Kriegsverbrechen und Völkermord.“ sehen die Jusos Thüringen als Schritt in die richtige Richtung an, jedoch sehen wir den Staat so mehr als je zuvor in der Pflicht, mit den Zahlungen der dringend benötigten Reparationsleistungen zu beginnen und auf eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts zu drängen.



### ○1 **Für ein einsehbares, aktuelles und institutionalisiertes Beschlusslagenbuch in digitaler Form**

Die Landeskonferenz möge darauf hinwirken, dass ein dauerhaft geführtes, digitales Beschlusslagenbuch eingeführt wird und öffentlich oder zumindest von den Mitgliedern einsehbar ist. Es soll schematisch und kategorisch geordnet sein. Hierzu gehören auch Anträge, die die Arbeitsweise der Jusos Thüringen betreffen.